



**JAHRESBERICHT
DER CHEMISCHEN
INDUSTRIE 2021**

INHALTSVERZEICHNIS

ARBEITSSCHWERPUNKTE 5

| | |
|--|----|
| DER GREEN DEAL UND DIE EU-CHEMIKALIENSTRATEGIE | |
| Eine Vielzahl von neuen Regelungen statt konkreter Innovations- und Wachstumsimpulse | 7 |
| FCIO-Studie beleuchtet Transformationsprozess der chemischen Industrie | 11 |
| Bestehendes EU-Stoffrecht bereits große Herausforderung | 14 |
| Die österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie | 16 |
| Umwelt & Anlagenrecht | 17 |
| Energie & Klima | 18 |
| Responsible Care | 20 |
| Werbekampagne zeigte Leistung der Chemie im Bereich E-Mobility | 22 |
| Kreislaufwirtschaft, Patentschutz, Social Media | 23 |
| Umfrage zum Image von Chemie | 24 |
| Veranstaltungen | 26 |
| Arbeitsrecht und Kollektivvertrag | 28 |
| Arbeitsschutz | 29 |
| Forschung | 30 |
| Gefahrguttransport – TUIS | 32 |
| Außenhandel | 33 |
| Für Chemie begeistern | 34 |

DIE CHEMISCHE INDUSTRIE 35

| | |
|--|----|
| Pharmazeutische Industrie | 36 |
| Kunststoffindustrie | 40 |
| Pflanzenschutz | 42 |
| Düngemittel | 43 |
| Waschmittel, Kosmetik, Aerosole | 44 |
| Lackindustrie | 46 |
| Holzschutzmittel | 47 |
| Kautschuk | 48 |
| Technische Gase | 48 |
| Biokraftstoffe | 49 |
| Fasererzeuger | 50 |
| Bauklebstoffe | 50 |
| Bitumenemulsionsindustrie | 50 |

ANHANG 51

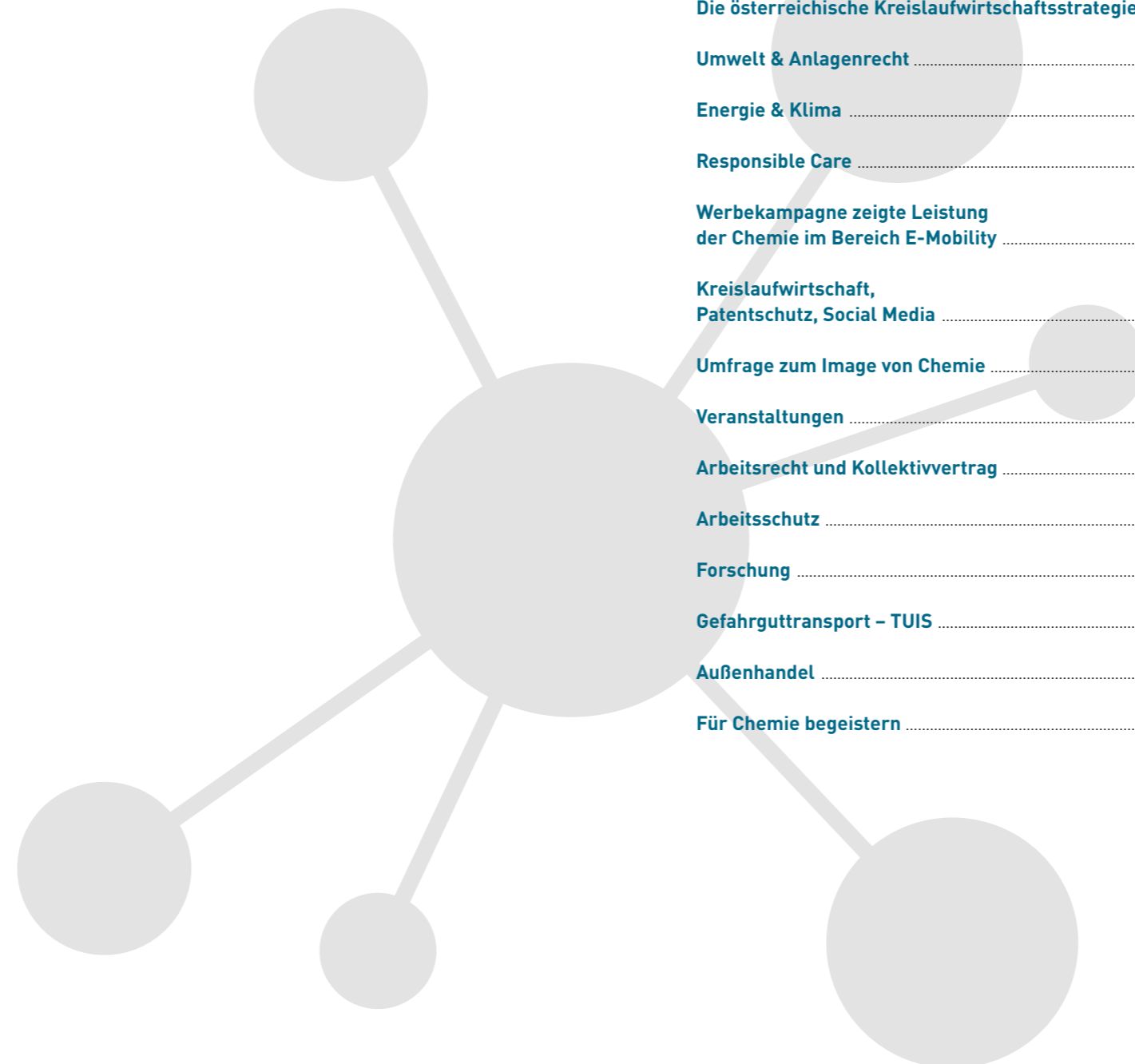
| | |
|---|----|
| Wirtschaftsbericht | 52 |
| Geschäftsverteilung | 56 |
| Fachverbandsausschuss der Chemischen Industrie Österreichs | 57 |
| Fach- und Berufsgruppenausschüsse | 58 |
| Kontakt | 59 |

IMPRESSUM

Herausgeber:
Fachverband der Chemischen Industrie Österreichs
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien, Österreich

Redaktion & Text:
Fachverband der Chemischen Industrie Österreichs

Druck:
Donau Forum Druck Ges. m. b. H.
<https://dfd.co.at>



VORWORT



Prof. Kommr. Ing. Hubert Culik, MAS
Obmann des FCIO

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

Österreichs chemische Industrie hat ein turbulentes Jahr hinter sich. Nicht nur die Corona-Pandemie verunsicherte das zweite Jahr in Folge, auch Logistikprobleme, Rohstoffpreise und zuletzt sprunghaft angestiegene Energiepreise beschäftigten die Branche. Trotz all der Herausforderungen im Jahr 2021 konnten wir eine deutliche Umsatzsteigerung erzielen und das Niveau vor Pandemiebeginn wieder erreichen.

Wie stark diese erfreuliche Entwicklung durch Auswirkungen des Ukrainekriegs gebremst wird, lässt sich momentan noch nicht abschätzen. Als rohstoff- und energieintensive Branche leidet die Chemie sehr unter den explodierenden Preisen für Öl und Gas. Der finanzielle Spielraum der Unternehmen wird zusehends knapper. Mit dem Öl-Embargo kann nun mit weiteren Preissteigerungen gerechnet werden. Die Unsicherheiten bei der Gasversorgung lassen nur schwer Prognosen zu.

Die aktuellen Belastungen treffen den Sektor ausgerechnet am Weg zur Klimaneutralität - einem riesigen Unterfangen, das all unseren Einfallsreichtum erfordert. Wir kennen zwar das Ziel, aber noch nicht den genauen Weg dorthin. Um ihren CO₂-Fußabdruck zu senken, muss die chemische Industrie mit massiven Mengen erneuerbarer Energie elektrifizieren, ihre Prozesse neu überdenken, hohe Investitionen tätigen, die Kreislaufwirtschaft forcieren, ihre Rohstoffe kritisch prüfen und nebenbei noch die Digitalisierung vorantreiben.

Die Umsetzung der EU-Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit, die Ersatz von Chemikalien und zahlreiche Neuformulierungen nötig macht, fordert zusätzlich die Innovationskraft und Lösungskompetenz der Branche. Eine Studie des CEFIC hat ergeben, dass 30 Prozent des Umsatzes der europäischen chemischen Industrie von den Gesetzesänderungen betroffen sein werden und mit erheblichen Welleneffekten auf nachgeschaltete Branchen zu rechnen ist.

In der Pandemie hat die Chemie ihre Lösungskompetenz unter Beweis gestellt, nun ist sie im Bereich Nachhaltigkeit gefragt. Chemische Innovationen sind das Herzstück der Transformation Europas hin zu einer zirkulären und klimaneutralen Region. Ich bin stolz darauf, für eine Industrie zu arbeiten, deren Beitrag entscheidend sein wird, um die Ziele des europäischen Green Deals zu erreichen. Für die Herstellung von so ziemlich allem, was wir dazu benötigen, sind unsere Innovationen unverzichtbar - von nachhaltigen Baustoffen, über Akkus für Elektromobilität oder langlebige Beschichtungen für Windkraftanlagen bis hin zu Mikrochips. Wir gestalten die Zukunft entscheidend mit.

Die EU-Politik ist nun gefragt, Forschungsförderung, Investitionen, Regulierungen sowie Wettbewerbspolitik klug unter einen Hut zu bringen. Die hohen Investitionen für unsere Dekarbonisierung erfordern Rechts- und Planungssicherheit, Förderprogramme für neue Technologien und die entsprechende Infrastruktur für die hohen Mengen an erneuerbaren Energien. Gleichzeitig muss die Energieversorgung gesichert und unsere Konkurrenzfähigkeit am internationalen Markt ermöglicht werden. Dafür wird sich der Fachverband weiterhin einsetzen, damit wir Rückenwind für weitere Innovationen bekommen, durch die wir verstärkt zum Klimaschutz beitragen können.

Die nächsten Monate bringen für uns alle noch nie dagewesene Herausforderungen. Auch wenn das menschliche Leid des Krieges inmitten Europas natürlich im Vordergrund steht, so müssen auch unsere Mitglieder mit den vielfältigen negativen wirtschaftlichen Folgen umgehen. Es bleibt für uns alle zu hoffen, dass der Krieg so rasch wie möglich beendet und ein freies und demokratisches Europa nach diesen tragischen Ereignissen geeint und gestärkt in eine nachhaltige Zukunft schreiten wird.

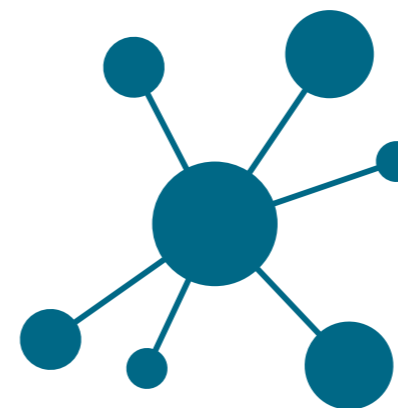
Ihr Obmann

Hubert Culik



ARBEITSSCHWERPUNKTE

Die europäische Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit wird mit ihrem Aktionsplan mit mehr als 50 Maßnahmen die chemische Industrie vor große Herausforderungen stellen. Die kommenden Seiten beleuchten die geplanten Maßnahmen und die Auswirkungen, die mit Green Deal und Chemikalienstrategie auf die chemische Industrie zukommen. Als Interessensvertretung beschäftigen den Fachverband aber auch Themenbereiche neben dem Green Deal, wie etwa Energie, Anlagenrecht, Arbeitsschutz, Abfallrecht, Forschung, Bildung und vieles mehr.



| | |
|--|----------|
| DER GREEN DEAL UND DIE EU-CHEMIKALIENSTRATEGIE | 7 |
| Bestehendes EU-Stoffrecht bereits große Herausforderung | 14 |
| Die österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie | 16 |
| Umwelt & Anlagenrecht | 17 |
| Energie & Klima | 18 |
| Responsible Care | 20 |
| Werbekampagne zeigte Leistung der Chemie im Bereich E-Mobility | 22 |
| Kreislaufwirtschaft, Patentschutz, Social Media | 23 |
| Umfrage zum Image von Chemie | 24 |
| Veranstaltungen | 26 |
| Arbeitsrecht und Kollektivvertrag | 28 |
| Arbeitsschutz | 29 |
| Forschung | 30 |
| Gefahrguttransport – TUIS | 32 |
| Außenhandel | 33 |
| Für Chemie begeistern | 34 |

DER GREEN DEAL UND DIE EU-CHEMIKALIEN- STRATEGIE

EINE VIELZAHL VON NEUEN REGELUNGEN STATT KONKRETER INNOVATIONS- UND WACHSTUMSIMPULSE

Europa soll bis 2050 der erste klimaneutrale und nachhaltige Kontinent werden. Ziel des ehrgeizigen Maßnahmenpakets ist die grundlegende Transformation von Industrie, Energieversorgung, Verkehr und Landwirtschaft. Dabei geht es um weit mehr als Treibhausgasneutralität. In ihren Plänen hat die EU-Kommission ein generelles Null-Schadstoff-Ziel vorgesehen. Ein wesentlicher Baustein dazu ist die „Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit“.

Geht es nach den Plänen der EU-Kommission, sollen künftig nur noch sichere und nachhaltige Chemikalien bei der Produktion verwendet werden und so schadstofffreie Werkstoffkreisläufe entstehen. In den dafür geplanten mehr als 50 Einzelmaßnahmen gibt es bereits sehr konkrete Vorhaben, den Rechtsrahmen zu stärken. Die umfassende Wissensbasis über Chemikalien, die unter REACH bereits vorhanden ist, soll weiter ausgebaut werden. Nicht zuletzt wird eine europäische Führungsrolle beim internationalen Chemikalienmanagement angestrebt.

Drastische Änderungen des Chemikalienrechts stehen bevor

Der europäische Rechtsrahmen für Chemikalien zählt bereits heute zu dem umfassendsten und fortschrittlichsten Standard weltweit und stützt sich auf eine mit außergewöhnlichem Aufwand erreichte Datenbasis zu den Eigenschaften von Chemikalien und deren Verwendung. Trotzdem sind weitere Änderungen und Verschärfungen der REACH- und der CLP-Verordnung sowie vieler produktspezifischer Regelungen geplant.

Die Änderungen der CLP-Verordnung sehen neue Gefahrenklassen für endokrine Disruptoren und persistente Chemikalien vor, teilweise unabhängig von internationalen Entwicklungen. Diese neuen Gefahren stellen dann gemeinsam mit den karzinogenen, mutagenen und reproduktionstoxischen Eigenschaften die Basis für die unter REACH geplante Ausweitung des generischen Ansatzes für Risikomanagement dar: Beschränkungen von Chemikalien in Verbraucherprodukten und auch für professionelle Anwendungen sollen künftig ohne spezifische Risikobewertung und unter eingeschränkter Beteiligung der Hersteller im Schnellverfahren erfolgen, wenn diese solch bedenkliche Eigenschaften aufweisen. Ausnahmen davon soll es künftig nur mehr für wesentliche Verwendungszwecke geben. Diese Maßnahme soll den Anreiz zur Substitution erheblich verstärken und die Verwendung von sicheren und nachhaltigen Chemikalien fördern.

Weiters ist der Ausbau der Datenanforderungen unter REACH geplant, Polymere sollen flächendeckend notifiziert und bestimmte Polymere registrierungspflichtig

werden. Weitere geplante Änderungen betreffen eine Reform des Zulassungs- und Beschränkungsregimes, die Einführung eines Bewertungsfaktors für mögliche Kombinationseffekte von Stoffen, eine Ausweitung von Meldeverpflichtungen zur Verwendung und Exposition von Stoffen auf nachgeschaltete Anwender, Änderungen bei der Evaluierung sowie den Ausbau und die Stärkung des Vollzugs.

Die öffentliche Konsultation zu diesen Kernelementen ist bereits abgeschlossen. Ein konkreter Vorschlag zur Änderung der REACH-Verordnung soll bis Jahresende 2022 vorliegen. Die Folgenabschätzung dazu ist im Laufen.

12.000 Stoffe von neuen Maßnahmen potenziell betroffen

Um die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die chemische Industrie wissenschaftlich nach den Leitlinien zur besseren Rechtssetzung zu bewerten, beauftragte der europäische Chemieverband (Cefic) das unabhängige Wirtschaftsforschungsunternehmen, Ricardo Energy & Environment, eine in zwei Phasen unterteilte Stu-

die zu erstellen. Mehr als 100 Unternehmen, darunter auch einige Mitgliedsbetriebe des Fachverbandes, gaben dazu ihren Input. Die Ergebnisse des ersten Teils der Studie wurde im Dezember 2021 vorgestellt.

Von den zwei wesentlichsten Änderungen, nämlich den neuen CLP-Gefahrenklassen und dem Ausbau der gefahrenbasierten Beschränkungen sind bis zu 12.000 Stoffe betroffen. Das sind etwa 43 Prozent des Produktportfolios der Branche. Selbst nach Abzug der Unsicherheiten aufgrund der fehlenden Kenntnis der genauen Regelung, bleiben immerhin noch 28 Prozent des betroffenen Produktportfolios übrig. Etwa ein Drittel dieser Stoffe kann nach Einschätzungen der Unternehmen substituiert oder potenziell umformuliert werden. Inwieweit die Unternehmen in der Lage sind, potenziell betroffene Produkte zu ersetzen, hängt jedoch weitgehend von den Einzelheiten der bevorstehenden Verordnungen ab, davon, was technisch und wirtschaftlich machbar ist und vor allem davon, wie die Kunden auf die Ersatzstoffe oder neu formulierten Produkte reagieren werden. Die am stärksten betroffenen nachgeschalteten Sektoren werden voraussichtlich Hersteller von Klebstoffen und Dichtstoffen, Farben sowie Wasch- und Reinigungsmitteln sein.

Unter weiterer Berücksichtigung, dass es für manche Stoffe Ausnahmen geben wird oder nur mit zusätzlichen administrativen Belastungen gerechnet wird, kommen die Studienautoren zum Schluss, dass es zu einem Netto-Umsatzverlust von 12 Prozent bis 2040 im Vergleich zu einem Szenario ohne diese Maßnahmen kommen wird.

Da aber in dem ersten Teil nur zwei aller in der Chemikalienstrategie genannten Maßnahmen bewertet wurden, werden die kumulativen Auswirkungen noch erheblich größer sein.

Übergangspfad mit Innovations- und Wachstumsimpulsen dringend notwendig

Weit weniger konkret als bei der Überarbeitung der chemikalienrechtlichen Rahmenbedingungen ist die Chemikalienstrategie, wenn es um Maßnahmen zur Förderung der Herstellung und des Einsatzes von nachhaltigen Chemikalien

»Die chemische Industrie war schon immer von Innovation, Leidenschaft für neue Technologien und Unternehmergeist geprägt. Die Ergebnisse dieser Studie deuten darauf hin, dass es eine Chance für eine branchenweite Substitutionsanstrengung geben könnte, um die der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit zu erreichen. Es besteht jedoch große Unsicherheit darüber, wie die Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette dies unter den derzeitigen Rahmenbedingungen erreichen können. Die Industrie braucht einen berechenbaren Wachstumsrahmen für wirtschaftliche Investitionen in den kommenden zwei Jahrzehnten. Damit wir die vielen Herausforderungen des Green Deals meistern können, brauchen wir einen soliden Übergangspfad für die chemische Industrie.«



Martin Bruder Müller
Präsident des Cefic

ZAHRLICHE ÄNDERUNGEN UND NEUE REGELUNGEN STEHEN IM CHEMIKALIENRECHT BEVOR

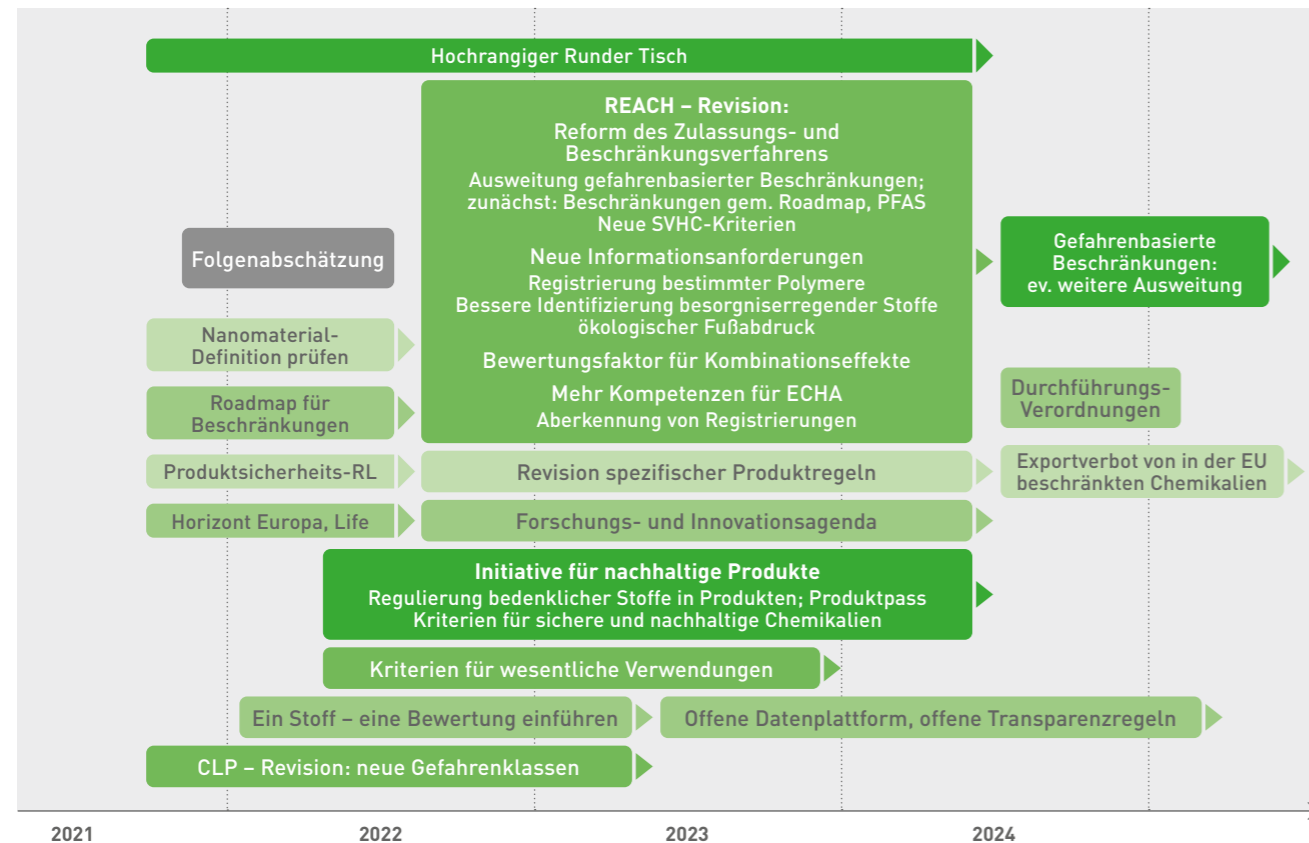


Foto: ©adobestock.com/Stockwars



Foto: ©adobestock.com/jozsitoeroe

geht. Verstärkt sollen bereits bestehende EU-Förderinstrumente für den Ausbau der grünen Chemie genutzt, innovative Geschäftsmodelle – wie etwa das Chemikalienleasing – ausgebaut und die Nachhaltigkeit entlang der gesamten Wertschöpfungskette – bis hin zur Verwertung von Abfällen – bereits am Beginn der Ent-

wicklung neuer Chemikalien gezielt berücksichtigt werden. So positiv „Sustainable-by-Design“ auch klingt, so dringend ist ein besseres Gleichgewicht zwischen Verboten von Chemikalien auf der einen und der Forcierung von Technologielösungen auf der anderen Seite notwendig, um den Green Deal gemeinsam mit der stra-

tegischen Unabhängigkeit Europas Wirklichkeit werden zu lassen.

Hoffnung dazu gibt, dass der Übergangspfad für die chemische Industrie als erster energieintensiver Sektor gerade in ausführlicher Diskussion und Ausarbeitung ist. Er soll bis Jahresende 2022 fertiggestellt sein. Konkrete Innovations- und Wachstumsimpulse für die nächsten zwei bis drei Jahrzehnte müssen dort mit neuen Anreizen und Förderungsmöglichkeiten gesetzt werden.

Auch verstärktes internationales Engagement ist notwendig, um gleiche Rahmenbedingungen innerhalb und außerhalb von Europa sicher zu stellen und weitere Verlagerungen der Chemieproduktion zu verhindern. Importe von Produkten, die außerhalb der EU hergestellt wurden, müssen den gleichen Maßstäben unterliegen.

Verlässliche Rahmenbedingungen und richtige Signale sind gerade jetzt dringend notwendig, damit die erforderlichen Investitionen zur Verwirklichung des Green Deal getätigt werden und eine starke Chemieindustrie in Europa entscheidend zur Bewältigung der jetzigen, aber auch zukünftigen Krisen beitragen kann.

FCIO-STUDIE BELEUCHTET TRANSFORMATIONSPROZESS DER CHEMISCHEN INDUSTRIE

Green Deal, Chemikalienstrategie, Energiewende, Kreislaufwirtschaft, Digitalisierung. Die chemische Industrie steht vor einigen der größten Herausforderungen in ihrer Geschichte. Insbesondere da all diese Themen gleichzeitig zu adressieren sind. Wie gut sind die Chemieunternehmen in Österreich darauf vorbereitet? Wie sieht die wirtschaftliche Ausgangsbasis aus? Wo sind die drängendsten regulatorischen Aufgaben zu lösen? Um diese Fragen zu beantworten und um zu analysieren, unter welchen Bedingungen die Transformation der Branche in den kommenden Jahren erfolgreich umgesetzt werden kann, hat der Fachverband das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO beauftragt, eine umfangreiche Analyse der heimischen Chemiebranche durchzuführen, bei der auch die betroffenen Unternehmen umfassend zu ihrer Einschätzung und Plänen be-

fragt wurden. Die Ergebnisse zeigen, dass zahlreiche Unternehmen bereits erste Schritte auf dem Pfad der Transformation umgesetzt haben. Gleichzeitig sind aber noch viele Fragen zu zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen offen sowie technologische Herausforderungen zu bewältigen. Da die

Studie im Dezember 2021, vor Beginn der Ukraine-Krise, abgeschlossen wurde, konnten mögliche daraus resultierende gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen für die chemische Industrie noch nicht berücksichtigt werden. Die Kernergebnisse in den wichtigsten Bereichen sind im Folgenden zusammengefasst:

»Die chemische Industrie bekennt sich zu den Zielen des Green Deals und stellt sich der vielfachen Belastung durch die politischen Vorgaben in der EU. Klimaneutralität ist nur möglich, wenn unsere Branche während der Transformation stark genug bleibt, um im Wettbewerb mit internationalen Konkurrenten zu bestehen. Einer der entscheidenden Bausteine dafür ist die Verfügbarkeit von großen Mengen erneuerbarer Energie zu günstigen Preisen.«

Hubert Culik, Obmann FCIO

AUSWIRKUNGEN DER CHEMIKALIENSTRATEGIE: NETTOMARKTVERLUST VON 12 PROZENT

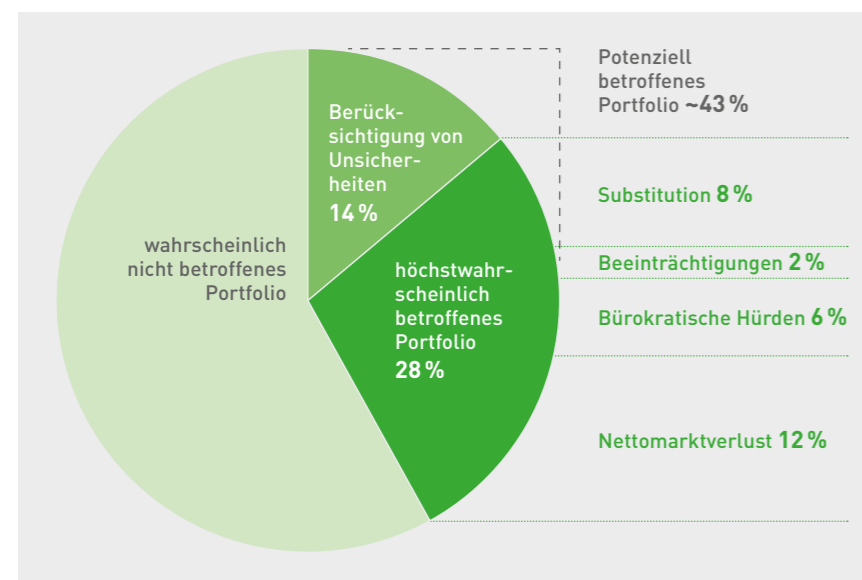




Foto: ©adobestock.com/Talaj

Wirtschaftliche Ausgangslage

Die chemische Industrie ist eine wichtige Branche für die Wertschöpfung in Österreich. Die Unternehmen sind international wettbewerbsfähig und sehen sich für die Bewältigung der Herausforderungen in den unterschiedlichen Bereichen auch gewappnet. In vielen Fällen wird die Transformation auch als wirtschaftliche Chance verstanden, unter der Voraussetzung, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gewahrt bleibt. Das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 wird von der Branche angestrebt. Dafür sind erhebliche Investitionen und Forschungsanstrengungen im Bereich der klimaschonenden Technologien und Produktionsprozesse sowie bei Rohstoffen und Vorleistungsgütern notwendig. Aufgrund der Diversität der Produkte sind die Unter-

nehmen in den Anpassungen in Richtung Klimaneutralität und nachhaltiger Wirtschaftsweise in unterschiedlicher Weise von den veränderten Rahmenbedingungen betroffen. Zahlreiche Unternehmen investieren bereits in nachhaltige Produktionsverfahren und setzen Folgeschritte zur Erweiterung der Produktion sowie für den Ausbau von Marktanteilen.

»Mit den Chemikalienverordnungen REACH und CLP hat die EU bereits derzeit den weltweit umfassendsten rechtlichen Rahmen. Um den Green Deal Wirklichkeit werden zu lassen, brauchen wir ein besseres Gleichgewicht zwischen gezielten Verboten auf der einen und der Forcierung von Technologielösungen für nachhaltige Chemikalien auf der anderen Seite.«

Ulrich Wieltsch, stv. Obmann FCIO

»Um die Potenziale der Kreislaufwirtschaft für die Klimawende nutzen zu können, ist die europaweite Anerkennung von Kunststoffrecycling als Klimaschutzmaßnahme Voraussetzung. Dazu brauchen wir auch Förderungen beim Einsatz von Rezyklaten und bei der Entwicklung innovativer Technologien wie dem chemischen Recycling, um bisherige Lücken schließen zu können.«

Helmut Schwarzl, stv. Obmann FCIO

Klima- und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Die Fülle der aktuell auf europäischer Ebene initiierten Strategien und Gesetzesinitiativen stellt selbst Unternehmen mit hohen administrativen Kapazitäten vor große Herausforderungen. Die Transformation erfordert, neue Anlagen mit neuen Technologien zu errichten bzw. bestehende Anlagen grundlegend umzurüsten. Die behördlichen Abläufe müssen daher transformationsfit gestaltet werden, um die dafür benötigten Investitionen nicht zu hemmen. Dazu zählen beispielsweise die örtliche und überörtliche Raumplanung sowie die regionale Standortpolitik. Da die Transformation mit einem tiefgreifenden Umbau des Kapitalstocks verbunden ist, ist ein zügiger Ausbau der komplementären Infrastruktur, vor allem im Bereich der

Energieversorgung, erforderlich. Spezifische Fördermaßnahmen, wie Investitionsfreibeträge oder -prämien, die an Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität gekoppelt sind, können die Anpassung beschleunigen. Es wird erwartet, dass die Chemikalienstrategie der EU neben einem höheren administrativen Aufwand auch zu Schwierigkeiten bei der Substitution von nicht sicheren und nicht nachhaltigen Chemikalien führen wird. Eine verstärkte Abstimmung zwischen Gesetzgeber und Unternehmen könnte derzeit erkennbare Zielkonflikte und damit verbundene Umsetzungsschwierigkeiten auflösen.

Der Energiebedarf wird nach Einschätzung der meisten Befragten in Zukunft deutlich ansteigen. Als Energieträger werden Elektrizität und Wasserstoff zum Einsatz kommen. Damit einhergehend werden die Unternehmen gefordert sein, Eigenproduktionsanlagen für Elektrizität aber auch zur Abwärmenutzung an den jeweiligen Standorten zu entwickeln. Zuverlässige rechtliche Rahmenbedingungen sind eine Voraussetzung, um die Investitionsbereitschaft zu erhöhen.

Innovation

Die Unternehmen der chemischen Industrie in Österreich können in vielen Bereichen mit dem europäischen Spitzenfeld mithalten. Es zeigt sich aber auch, dass es für die heimischen Betriebe ebenso wie in der EU insgesamt zunehmend schwieriger wird, ihre Wettbewerbsvorteile in komplexeren Produkten und hochwertigen Marktsegmenten zu behalten. Um ihre Stellung

»Die behördlichen Abläufe müssen transformationsfit gestaltet werden, um die benötigten Investitionen nicht zu hemmen. Auch spezifische Fördermaßnahmen, wie Investitionsfreibeträge oder -prämien, die an Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität gekoppelt sind, können die Anpassung der heimischen Industrie beschleunigen.«

Franz Sinabell, WIFO Studienautor

an der Innovationsspitze zu sichern, beziehungsweise dort, wo dies noch nicht erreicht ist, aufzuschließen, kann die öffentliche Hand unterstützend und begleitend geeignete Maßnahmen der Forschungsförderung setzen und den Diffusionsprozess von universitärer Forschung in den Unternehmensbereich erleichtern. Dies gilt insbesondere für Investitionen in Technologien für sichere und nachhaltige Chemikalien, in biobasierte Rohstoffe und neue Recyclingverfahren sowie für Technologien mit erneuerbarem Wasserstoff oder Carbon Capture and Usage (CCU).

Kreislaufwirtschaft

Eine flächendeckende Etablierung einer Kreislaufwirtschaft scheint möglich zu sein, jedoch sind dafür umfassende Investitionen sowie F&E erforderlich. Die weitgehende Wiederverwertung von Kunststoffen ist von der weiteren Technologieentwicklung im Umfeld des „chemischen Recycling“ abhängig. In diesem Zusammenhang sind auch toxische Abfälle, welche durch chemische Recyclingtechnologien entstehen könnten, zu berücksichtigen,

die wiederum im Widerspruch mit der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit stehen und ebenfalls im Kreislauf gehalten werden sollten. Im Vordergrund der Unternehmen steht jedenfalls die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen EU-Staaten sowie Drittländern mit weniger ambitionierteren Umweltzielen.

Digitalisierung

Die Bedeutung der digitalen Transformation für die zukünftige Geschäftsentwicklung ist den meisten Unternehmen bewusst. Technologien wie digitale Plattformen, Big-Data-Analysen und Künstliche Intelligenz wird die größte Relevanz zugesprochen. Als wichtigste Umsetzungsfaktoren gelten das Vorantreiben durch die Geschäftsführung, qualifizierte Mitarbeiter sowie die Stabilität und Sicherheit der digitalen Lösungen. Auch für den Green Deal sehen die Unternehmen Digitalisierung als bedeutsam. Digitale Technologien werden dabei als Problemlöser für die ökologische Transformation gesehen. Am häufigsten werden Prozessoptimierung und intelligente Lieferketten genannt.

KERNERGEBNISSE DER STUDIE IM ÜBERBLICK

- Die befragten Unternehmen sind sehr unterschiedlich und jeweils sehr spezifisch von der „grünen Transformation“ zur Klimaneutralität betroffen.
- In sehr vielen Betrieben werden bereits konkrete Maßnahmen dazu umgesetzt.
- Das Ziel einer klimaneutralen Industrie erfordert sehr hohe Investitionen sowie hohe Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen.
- Innovationen werden als der Schlüssel für Technologien gesehen, die für die Klimaneutralität nötig sind.
- Digitale Technologien zählen ebenfalls zu den Problemlösern für die Transformation.
- Um den steigenden Energiebedarf zu decken, werden Produktionsanlagen zur Eigenerzeugung von Elektrizität geplant sowie Maßnahmen zur Abwärmenutzung getroffen.
- Die komplementäre Infrastruktur, vor allem im Energiebereich, muss zügig ausgebaut werden.
- Die Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit bringt für viele Unternehmen einen erheblichen zusätzlichen Aufwand.
- Das chemische Recycling ist ein wichtiger Bestandteil einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft.
- Die Substitution von nicht sicheren und nicht nachhaltigen Chemikalien stellt für viele Unternehmen eine große Herausforderung dar.
- Mit den geeigneten Rahmenbedingungen und Begleitmaßnahmen kann der European Green Deal wirtschaftliche Chancen eröffnen.

BESTEHENDES EU-STOFFRECHT BEREITS GROSSE HERAUSFORDERUNG

REACH – ein internationaler Vorreiter

Im Rahmen der Verordnung zur Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien, kurz REACH, wurde die weltgrößte, öffentlich zugängliche Chemiedatenbank etabliert. Umfangreiche Informationen zu den Eigenschaften und der sicheren Verwendung werden im Rahmen der REACH Registrierungen gesammelt. Diese auf aktuellem Stand zu halten, ist eine der großen Herausforderungen für die Unternehmen der chemischen Industrie. Dass bereits jetzt konkretere Vorschläge über künftige Registrierungen von bestimmten Polymeren ausgearbeitet werden, zeigt deutlich, dass die Herausforderungen auch nach mehr als 15 Jahren REACH für viele Unternehmen der chemischen

Industrie nicht geringer werden, ganz im Gegenteil.

Die Übermittlung der Informationen zu den Eigenschaften und Verwendungen von Stoffen an die europäische Chemikalienagentur (ECHA) ist aber nur der Beginn der regulatorischen Maßnahmen unter REACH. Weitere Daten können im Zuge der Evaluierung durch die ECHA oder die Mitgliedstaaten gefordert und zusätzliche Maßnahmen zur sicheren Verwendung vorgeschlagen werden.

Die Zulassung wird gerne als Startschuss für die Substitution von besonders besorgniserregenden (SVHC-) Stoffen gesehen: Bereits 223 Stoffe und Stoffgruppen wur-



Foto: ©adobestock.com/motortion

den bis Anfang 2022 als Zulassungskandidaten identifiziert, darunter manche, die für die Unternehmen der chemischen Industrie unverzichtbar sind. 54 Stoffe unterliegen mittlerweile dem Zulassungsverfahren.

Zusätzlich wachsen die Verwendungsbeschränkungen von Stoffen unter REACH ständig weiter. Wesentliche Produktbereiche der chemischen Industrie können davon betroffen sein. Jüngste Beschränkungen betreffen beispielsweise Siloxane oder verpflichtende Schulungen bei der Verwendung von Diisocyanat-haltigen Produkten. Die wohl politisch bedeutendste Beschränkung, die derzeit in Diskussion steht, ist die Beschränkung von Mikroplastik in verschiedensten Gemischen, wie zum Beispiel Detergenzien, Kosmetika, Bioziden und Pflanzenschutzmitteln. Anfang 2021 wurde zu dieser geplanten Regelung die Stellungnahme der relevanten ECHA-Ausschüsse für Risikobeurteilung und sozio-ökonomische Analyse an die EU-Kommission zur weiteren Formulierung der rechtlich bindenden Beschränkung übermittelt, die für heuer erwartet wird.

Doch welche Eigenschaften machen Stoffe besorgniserregend und damit zum Gegenstand von regulatorischen Risikomanagementmaßnahmen? Der Fokus im Chemikalienrecht verschiebt sich von den klassischen CMR-Eigenschaften mehr und mehr auf endokrine Disruptoren und andere umweltrelevante Eigenschaften, wie Persistenz, Bioakkumulation und Mobilität. Umfangreiche Beschränkungen

von Perfluorverbindungen stehen ebenso im Raum wie Maßnahmen zu PVC.

Auch die Schnittstelle zum Abfallrecht ist zu beachten: Seit Beginn des Jahres 2021 müssen SVHC-Stoffe in Erzeugnissen an die europäische Chemikalienagentur gemeldet werden. Ziel ist, die Möglichkeiten des stofflichen Recyclings durch verbesserte Informationen entlang der gesamten Lieferkette von Erzeugnissen bis hin zur Abfallverwertung weiter zu steigern.

Neuerungen auch bei der CLP-Verordnung

Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Gemischen nach den Regeln des UN-GHS sind mehr als ein Jahrzehnt nach dem Inkrafttreten der CLP-Verordnung zur Selbstverständlichkeit geworden. Dennoch wird der Aufwand zur Erfüllung aller CLP-Pflichten nicht weniger. Neue oder überarbeitete harmonisierte Einstufungen stellen eine beachtliche Herausforderung dar.

Die Neueinstufung von pulverförmigem Titandioxid als möglicherweise krebserzeugend ist das beste Beispiel dafür. Aber auch die Umstufung von vielen Wirkstoffen

für Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte (z.B. Propiconazol, diverse Isothiazolinone, Zinkpyrithion) bringt gravierende Konsequenzen mit sich. Zurückzuführen ist dies auf eine direkte rechtliche Verknüpfung der Einstufung mit dem Risikomanagement von Chemikalien. Mit der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit sollen diese generischen Risikoansätze deutlich mehr werden.

Außerdem ist die neue Rezepturmeldung von Gemischen an die Vergiftungsinformationszentralen Anfang 2021 in Kraft getreten. Die EU-weite Vereinheitlichung mit einem zentralen Übermittlungsportal sollte zwar auf längere Sicht Einsparungspotenzial bringen, gerade zu Beginn einer 4-jährigen Übergangszeit stellt sie aber jedenfalls eine zusätzliche Aufgabe für die Mitgliedsunternehmen dar.

EU-Kommission zeigt selbst Schwächen im EU-Biozidrecht auf

Welche Probleme stark regulierte Bereiche, wie beispielsweise das europäische Biozidrecht, mit sich bringen können, wurde nicht zuletzt durch die Probleme mit der Verfügbarkeit von Desinfektionsmitteln zu Beginn der Corona-Pandemie deutlich.

Selbst die EU-Kommission gesteht in einem Bericht ein, dass die Umsetzung der Regelung für alle Arten von Biozidprodukten auch ohne Ausnahmesituation keineswegs wunschgemäß funktioniert: Die Genehmigung der Wirkstoffe im Rahmen des Prüfprogramms ist erheblich verzögert, die Zulassung von Biozidprodukten durch die Mitgliedstaaten ist ebenfalls im zeitlich vorgegebenen Rahmen kaum möglich und neue Innovationen gibt es nicht. Meist scheitert es an den fehlenden Ressourcen, die die Behörden zur Verfügung haben.

Die Problematik der Verzögerungen wird auch noch dadurch verstärkt, dass eine Weiterentwicklung des Biozidproduktes während der Zulassungsphase praktisch nicht möglich ist und steht daher immer wieder im Zentrum des Dialogs zwischen dem Fachverband und den österreichischen Behörden. Auch wenn in Einzelfällen nationale Lösungen erarbeitet werden können, sollten doch umfangreiche Verbesserungen auf europäischer Ebene erfolgen, sodass auch in Zukunft genügend Wirkstoffe, insbesondere im Bereich der Konservierungsmittel, und zugelassene Biozidprodukte zur Verfügung stehen.

MIKROPLASTIK IM FOKUS

Das Thema Mikroplastik ist derzeit Gegenstand mehrerer Diskussionen, sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene. Neben der bereits erwähnten Beschränkung von Mikroplastik in einigen Gemischen arbeitet die Kommission derzeit an einer Initiative zur Verhinderung von unbeabsichtigten Mikroplastik-Emissionen aus weiteren Quellen: Kunststoffpellets, Reifenabrieb und synthetische Textilien. Der Untersuchungsrahmen wurde kürzlich um Farben und Lacke, Geotextilien und lösliche Polymere in Wasch- und Geschirrspülpads erweitert. Parallel dazu veröffentlichte das Umweltministerium den österreichischen Aktionsplan Mikroplastik.

Gleichzeitig sind aber weiterhin viele grundsätzliche Fragen ungeklärt. So gibt es bis heute keine einheitliche Definition von Mikroplastik. Ebenso fehlen standardisierte Testmethoden zur Quantifizierung und Identifizierung. Beide zusammen sind aber die Grundlage für vergleichbare Studien und einen wissenschaftlich fundierten, rechtlich bindenden Rahmen. Wir fordern hier daher Harmonisierungen, bevor regulatorische Maßnahmen gesetzt werden. Nur so können auch gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Akteure sichergestellt werden. Zusätzlich müssen Maßnahmen auf europäischer und globaler Ebene produktbezogen und verhältnismäßig sein. Dabei haben sich vor allem freiwillige Verpflichtungen der Industrie wie der Zero-Pellet-Loss Pakt als äußerst effizient erwiesen.

Ihre Experten für Chemikalienrecht:



Marcello Entner, BSc
Telefon: 05/90 900-3382
entner@fcio.at



Dr. Christian Gründling
Telefon: 05/90 900-3348
gruending@fcio.at



Dr. Dominique Schröder
Telefon: 05/90 900-3373
schroeder@fcio.at



Foto: ©adobeStock.com/Lea

DIE ÖSTERREICHISCHE KREISLAUFWIRTSCHAFTSSTRATEGIE

Das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie hat am 21.12.2021 den Entwurf der österreichischen Kreislaufwirtschaftsstrategie veröffentlicht.

Die österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie soll einen Fahrplan darstellen, wie Österreich durch die Senkung des Verbrauchs von Primärstoffen das Ziel der Klimaneutralität erreichen kann. Somit beschäftigt sich die Strategie nicht nur mit klassischen Themen, wie dem Wiederverwerten von Materialien, sondern darüber hinaus mit der intelligenten Nutzung und Herstellung von Produkten und Infrastruktur sowie mit der Verlängerung der Lebensdauer von Produkten. Oberstes Ziel ist die Bekämpfung des Klimawandels. Dies soll durch die Transformation zu einer klimaneutralen, nachhaltigen und ressourceneffizienten Wirtschaft und Gesellschaft erreicht werden.

Mit der Kreislaufstrategie werden vier übergeordnete Ziele verfolgt: Der Ressourcenverbrauch soll reduziert, die Ressourceneffizienz der Wirtschaft im Gegenzug gesteigert, die Nutzungsrate wiederverwendbarer Stoffe bis 2030 um 35 Prozent erhöht und der Materialverbrauch im privaten Konsum bis 2030 um 10 Prozent verringert werden.

Ferner werden Maßnahmen für die Erreichung der übergeordneten Ziele festgelegt. Diese reichen vom nachhaltigen Produktdesign über die Erhöhung bzw. Einführungen von Rezyklateinsatzquoten bis hin zu der Förderung der Transparenz durch digitale Produktpässe.

Des Weiteren soll ein umweltfreundlicher Konsum durch eine nachhaltige Beschaffung und die Stärkung von Konsumentenrechten (Recht auf Reparatur, Verlängerung von Gewährleistungsfristen etc.) geschaffen werden.

Kern einer Kreislaufwirtschaft ist die Steigerung des Einsatzes von Sekundärmaterialien. Demnach sollen Verwertungskreisläufe durch abfallrechtliche Anpassungen geschlossen werden. Um höhere Rezyklateinsatzquoten zu erreichen, wird angestrebt, die Abfallqualität zu steigern, indem Sortier- und Recyclinganlagen erweitert und modernisiert werden. Verpackungsvolumen gilt es generell zu reduzieren und den Mehrweganteil zu erhöhen. Um einen wirtschaftlichen Anreiz für umweltfreundliche Verpackun-

gen zu schaffen, wird die Ökomodellierung eingeführt. Hierdurch werden recyclingfähige Verpackungen, die in der Produktion meist teurer sind, finanziell belohnt bzw. nicht kreislauffähige Verpackungen bestraft.

Die österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie beschäftigt sich außerdem mit der Mobilität, der Biomasse, Textilien und Bekleidung und den Elektro- und Elektronikgeräten.

Um die Transformation zur Kreislaufwirtschaft finanzieren zu können, sind staatliche Förderungen notwendig. Es wird auf die FTI-Förderung, die für die Jahre 2022 und 2023 mit 60 Millionen Euro dotiert ist, und die Umweltförderung nach dem Umweltförderungsgesetz (UFG) verwiesen.



Ihr Ansprechpartner für Kreislaufwirtschaft und Abfallrecht:

Mag. Dominik Stern
Telefon: 05/90 900-3369
stern@fcio.at

UMWELT & ANLAGENRECHT

„Beste verfügbare Technik“ für chemische Prozesse

Mit der EU-Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen (IED) wurde die Anwendung der „besten verfügbaren Technik – BVT“ und die Verbindlichkeit von BREFs (Best Available Technique Reference Documents) erhöht. Der Fachverband begleitet daher schon seit vielen Jahren die Novellierung und Neuerstellung chemiespezifischer sowie relevanter sektorübergreifender BREFs. Dies geschieht einerseits durch Mitarbeit in den jeweiligen nationalen Arbeitskreisen des Umweltbundesamtes sowie in den relevanten BREF-Arbeitsgruppen des europäischen Chemieverbandes Cefic.

Von großer Bedeutung ist das neue BREF WGC (Waste Gas Treatment in the Chemical Sector), mit dem für einen Großteil des unter die IED fallenden Chemiesektors die beste verfügbare Technik im Bereich Abluftbehandlung festgelegt werden soll. Dieser BREF-Prozess wurde 2016 gestartet. Mit dem Mitte 2021 abgehaltenen „Final Meeting“ der Technical Working Group (TWG) wurde die finale Phase eingeläutet. Nach Beschlussfassungen im sogenannten Artikel 13 Forum und im Artikel 75 Komitee ist mit einer Veröffentlichung der entsprechenden BVT-Schlussfolgerungen im 4. Quartal 2022 zu rechnen. Anlagen, die in den Geltungsbereich des BREF WGC fallen, müssen in Folge innerhalb von maximal 4 Jahren an die besten verfügbaren Techniken im Sinn der Schlussfolgerungen angepasst werden.

Außerdem wurde Ende 2021 der Revisionsprozess für die beiden LVIC-BREFs (Large Volume Inorganic Chemicals) gestartet. Das Kick-off-Meeting der TWG, bei dem unter anderem die grundlegende Vorgangsweise zur Datenerhebung festgelegt werden soll, wurde von der Europäischen Kommission für September/Oktober 2022 angekündigt.

Neben den BREFs soll auch die Industrieemissionsrichtlinie überarbeitet werden. Die Europäische Kommission hat dazu Anfang 2021 sowohl eine Open Public Consultation als auch eine sehr detaillierte, umfassende Targeted Stakeholder Consultation durchgeführt. Bei beiden Konsultationen hat der Fachverband an der Erstellung einer WKÖ-Konsultationsantwort mitgearbeitet. Hauptpunkte der Stellungnahmen waren die Forderung nach einer Vereinfachung und Beschleunigung des Sevilla-Prozesses und die gut begründete Ablehnung, einerseits der Ausweitung des Geltungsbereiches der Richtlinie, andererseits der Integration von Kreislaufwirtschafts- und Klimaschutzaspekten in die Richtlinie. Mit einem Legislativvorschlag der Kommission ist im Frühjahr 2022 zu rechnen.

EU Zero Pollution Aktionsplan

Eine lange angekündigte Mitteilung der EU-Kommission „Towards Zero Pollution for Air, Water and Soil“ wurde am 12. Mai 2021 veröffentlicht. Darin verpackt sind

alle bekannten und laufenden Inhalte der EU-Umweltpolitik, die nicht schon in der EU-Klimapolitik Platz gefunden haben. Die Vermeidung von Verschmutzung soll mittelfristig der Schlüssel zur Erreichung der Green Deal Ziele in Europa sein. Um die EU auf Kurs für das Jahr 2050 zu bringen, sieht der Aktionsplan Etappenziele für die Verringerung der Umweltverschmutzung an der Quelle bis 2030 vor. Der Null-Schadstoff-Aktionsplan erstreckt sich auf Schadstoffe in Luft, Wasser und Boden und auch in Verbraucherprodukten. Er behandelt auch die Verschmutzung der Meere und die Lärmbelastung. Auch wenn der „Zero Pollution Action Plan“ der EU-Kommission in vielerlei Hinsicht nur eine Verpackung für die Überarbeitung klassischer Umwelt-Rechtsakte sein mag – die forcierte Gangart der Politik ist in vielen Bereichen spürbar.

Genehmigte Tätigkeiten und Umweltkriminalität dürfen jedoch nicht in einen Topf geworfen werden. Rasches Reagieren der Politik ist vor allem dort wichtig und nötig, wo die Industrie bereits Technologien und Lösungen parat hat. Und: Die Strategie darf nicht dazu führen, dass – wissentlich oder unwissentlich – Emissionen aus der Produktion einfach außerhalb der EU verlagert werden, während heimischen Unternehmen die Wettbewerbsfähigkeit genommen wird. Die Strategie sollte vor allem die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Politiken der EU ins Reine bringen. Neben der bereits erwähnten Überarbeitung der Industrieemissionsrichtlinie steht im Zusammenhang mit dem Aktionsplan auch der Review der Luftqualitäts-RL im Jahr 2022 auf dem Programm.

Foto: ©adobeStock.com/AndreasGruhl



Ihr Experte für Umwelt- und Anlagenrecht:

Dr. Reinhard Thayer
Telefon: 05/90 900-3365
thayer@fcio.at

ENERGIE & KLIMA

EU-Klimapaket „Fit for 55“

Das „Fit for 55“-Gesetzespaket, mit dem die Europäische Kommission eine Senkung des Treibhausgasausstoßes um mindestens 55 Prozent bis 2030 erreichen möchte, wurde am 14. Juli 2021 veröffentlicht. Es enthält Entwürfe für zwölf EU-Regelungen, die der Umsetzung der Ziele des „European Green Deals“ dienen. Der Fachverband begleitet diesen Prozess in enger Zusammenarbeit mit der Bundessparte Industrie und dem europäischen Chemieverband Cefic.

Mit dem EU-Klimapaket werden die Ziele einer Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent und die Erreichung von Klimaneutralität bis 2050 umgesetzt. Konkret bedeutet das: In knapp drei Jahrzehnten dürfen in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen nur noch minimale Restemissionen anfallen, die durch Senken (Entzug von Treibhausgasen aus der Atmosphäre) bilanziell neutralisiert werden sollen („net zero“). Die Ziele des neuen Pakets gehen weit über das „Clean Energy for Europe“-Paket aus dem Jahr 2019 hinaus.

Zentrale Vorhaben im „Fit for 55“-Paket sind – neben der Aufteilung des –55 Prozent-Ziels auf die Mitgliedstaaten im Rahmen der Lastenteilungs-Verordnung (Effort Sharing) – die Umgestaltung des europäischen Emissionshandels einschließlich des neuen Instruments eines CO₂-Grenzausgleichs (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) zur Vermeidung von Carbon Leakage, die Überarbeitung der Energieeffizienz- und der Erneuerbaren-Richtlinie, eine Verschärfung der CO₂-Flottengrenzwerte für PKW und leichte Nutzfahrzeuge sowie ein Vorschlag zur stärkeren Harmonisierung der Energiesteuern. Im Dezember 2021 hat die Europäische Kommission dieses Paket um einen zweiten Teil ergänzt, der die Dekarbonisierung des Gasmarktes, die Revision der Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie sowie eine Mitteilung zu nachhaltigen

Kohlenstoffkreisläufen beinhaltet. Die beiden Teile des „Fit for 55“-Paketes sollen in den kommenden Monaten parallel verhandelt und spätestens 2023 verabschiedet werden.

Für alle Unternehmen relevant sind steigende Energie- und CO₂-Preise und damit ein deutlich höherer Druck, Energieverbräuche zu senken, erneuerbare Energieträger stärker zu nutzen und emissionsarme Prozesse zu entwickeln und zu implementieren. Die chemische Industrie ist mit ihrer Schlüsselrolle für den Klimaschutz in besonderem Maße von den Vorschlägen betroffen: Einerseits brauchen alle Green Deal-Lösungen wie Sonnenkollektoren, Batterien, Windturbinen und Wasserstoff bis hin zu Gebäudeisolierungen Stoffe und Innovationen aus der chemischen Industrie, andererseits ist deren Herstellung teilweise energieintensiv. Ziel der Verhandlungen zu den einzelnen Rechtsakten muss es daher sein, den Unternehmen in der EU die Chancen zu ermöglichen, die Technologieführerschaft bei der Transformation der Wirtschaft zu übernehmen. Gleichzeitig gilt es jedoch, die Lose-Lose Situation zu verhindern, dass Verschärfungen der EU-Vorgaben zu Produktionsverlagerungen in Länder mit niedrigen Umweltstandards außerhalb der EU führen, was die heimische Wirtschaft schwächen und die globale Klimabilanz deutlich verschlechtern würde. Ohne Lösungen der chemischen Industrie sind die Klimaziele der EU nicht erreichbar. Die vorgeschlagenen Maßnahmen müssen daher so ausgestaltet werden, dass der Innovations- und Produktionsstandort Europa gestärkt wird und unsere Unternehmen ihr volles Potenzial für den Klimaschutz ausschöpfen können.

Innovationen sind der Schlüssel zur Klimaneutralität

Der entscheidende Faktor für die Erreichung der Klimaziele sind nicht Verbote, sondern die Entwicklung neuer Technolo-

gien zur Reduktion von Treibhausgasen, wie zum Beispiel Carbon Capture and Usage (CCU) oder chemisches Recycling. Der vermehrte Einsatz von Biomasse kann ebenfalls zu einer Dekarbonisierung des Sektors beitragen. Um einen raschen Einsatz von Innovationen zu ermöglichen, braucht es eine Erhöhung der Forschungsförderungen, kürzere Genehmigungsverfahren für Projekte sowie effektive Investitionsanreize für den Einsatz im industriellen Maßstab. Auch die Verfügbarkeit von ausreichend erneuerbarer Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen ist von zentraler Bedeutung für die Transformation der Wirtschaft. Nur mit genügend nachhaltigem Strom können fossile Energieträger durch grünen Wasserstoff für die Produktion von chemischen Grundstoffen ersetzt werden. Weiter forciert werden muss auch die Kreislaufwirtschaft, die zu einer starken Absenkung von CO₂-Emissionen führt, insbesondere bei Kunststoffen. Allein in Österreich ist dadurch ein Einsparungspotenzial von jährlich bis zu 2,4 Millionen Tonnen CO₂ möglich.

Klimazölle dürfen den Emissionshandel nur ergänzen, nicht ersetzen

Die einseitige Verschärfung von Klimaziele führt zwangsläufig zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber Herstellern in Drittstaaten, die günstiger produzieren können. Um europäische Unternehmen vor Carbon Leakage zu schützen, gibt es bisher Ausgleichsmechanismen im Rahmen des Emissionshandels, wie etwa die Zuteilung von Gratiszertifikaten auf Basis von Benchmarks. Diese sollen im Zuge der geplanten Einführung eines CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) wegfallen. Die vorgeschlagenen Klimazölle

würden zwar bei Importen aus Drittländern einen Schutz am europäischen Markt bringen, nicht jedoch bei Exporten. Deren Verteuerung würde die Wettbewerbsfähigkeit von großen Teilen der europäischen Industrie, wie beispielsweise der Düngemittelbranche, auf Drittmärkten massiv beeinträchtigen. Auch höhere Kosten für den Import von Rohstoffen durch Klimazölle wirken sich negativ auf die Unternehmen aus, da sie Exporte verteuern. Hinzu kommen noch mögliche Handelskonflikte durch CBAMs als weiteres Risiko. Es ist für energieintensive Unternehmen entscheidend, dass die Zuteilung von Gratiszertifikaten bestehen bleibt und Klimazölle nur ergänzend eingeführt werden. Zusätzlich muss der Grenzausgleichsmechanismus so ausgestaltet werden, dass er nicht zu Nachteilen beim Export von Produkten führt.

Nationale CO₂-Bepreisung

Anfang Oktober 2021 präsentierte die Bundesregierung die Ökosoziale Steuerreform, inklusive Einführung einer CO₂-Bepreisung in den Sektoren, die nicht dem EU-Emissionshandel unterliegen. Gemäß Ministerratsbeschluss vom 6.10.2021 soll dazu ein nationales Emissionshandelssystem einge-

führt werden. Um einen schnellen und unbürokratischen Einstieg in die CO₂-Bepreisung zu gewährleisten, soll mit 1. Juli 2022 in der Einführungsphase die gemeinsame Abwicklung mit den bereits bestehenden Energieabgaben ermöglicht werden. Die Implementierung des nationalen Emissionshandelssystems erfolgt in drei Phasen:

- Phase I (Juli 2022 bis Dezember 2023): Einführungsphase. Vereinfachte Form des Zertifikatehandels. Die Abwicklung soll über die Finanzverwaltung erfolgen.
- Phase II (Jänner 2024 bis Dezember 2025): Übergangsphase. Hier sollen die notwendigen organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen für einen Emissionshandel geschaffen werden.
- Phase III (ab Jänner 2026): (nationale) Marktphase. Nach der Fixpreisphase (bis 2025) geht das Emissionshandelssystem in eine Marktphase unter Berücksichtigung der Entwicklungen auf europäischer Ebene über.

Der Preis für eine Tonne CO₂ soll, wie in Deutschland, von 30 Euro (2022) auf 35 Euro (2023), 45 Euro (2024) auf 55 Euro (2025) ansteigen. Zur Berücksichtigung starker Energiepreisschwankungen soll ein Preisstabilitätsmechanismus eingerichtet werden, der einen zusätzlichen Anstieg bzw. eine Dämpfung der CO₂-Bepreisung bei entsprechend stark ausgeprägten Marktpreisveränderungen (Energiepreisindex) zur Folge hat. Zur Vermeidung von Carbon-Leakage im Sinne der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, soll ein Kompensations-Rückverteilungsmechanismus installiert werden. Die Kompensation soll dabei großteils an Investitionen in zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen gebunden werden. Für Unternehmen, die besonders hart von der Einführung der CO₂-Bepreisung betroffen sind, soll eine Härtefallregelung implementiert werden. Die Zuständigkeit der Administration soll in der Einführungs- und Übergangsphase beim Bundesministerium für Finanzen im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie liegen.

Im Wege der BSI wurden mehrfach kritische Punkte angemerkt, wie insbesondere die erforderliche Vermeidung der Doppelbelastung von ETS-Anlagen durch korrekte Abgrenzung von Non-ETS-Anlagen, die notwendige Befreiung grüner Gase und alternativer Kraft- und Brennstoffe, sowie die uneingeschränkte Weitergeltung der Energieabgabenvergütung.



Ihr Ansprechpartner für Energie- und Klimathemen:
Dr. Reinhard Thayer
 Telefon: 05/90 900-3365
 thayer@cfio.at

Fotos: @adbestock.com/VRD, @adbestock.com/Kostas Kouloglogos



Foto: © adbestock.com/fotoknips

RESPONSIBLE CARE

Responsible Care ist eine freiwillige Initiative der chemischen Industrie, die sich zum Zweck der Verbesserung der Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltsituation strenge Selbstkontrollen auferlegt hat.

Um Unternehmen bei der Implementierung von Responsible Care zu unterstützen, werden seit 2021 auch die digitalen Möglichkeiten der heutigen Zeit genützt.

Das digitale Cefic-Webtool unterstützt Responsible Care-Unternehmen bei der Leistungsbewertung, identifiziert Bereiche mit Verbesserungsbedarf und bietet neben umfassendem Datenschutz auch weitere Funktionen:

- Benchmarking der Leistung mit Branchenkollegen,
- Querverweise auf die Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) und andere internationale Standards,
- maßgeschneiderte Tipps zur kontinuierlichen Verbesserung,
- in 18 Sprachen verfügbar.

Zusätzlich bleibt auch die Möglichkeit des bewährten Responsible Care Audits mit den erfahrenen Auditoren des Fachverbandes weiterhin bestehen: **Responsible Care – FCIO Website.**

WIEDER ERFOLGREICH BESTANDEN: **AVENARIUS-AGRO GmbH**, Wels, **Jungbunzlauer Austria AG**, Wulzeshofen, **LENZING AG**, Lenzing sowie **SUNPOR Kunststoff Gesellschaft m.b.H.** mit den Standorten St. Pölten-Radlberg und St. Pölten-Stattersdorf

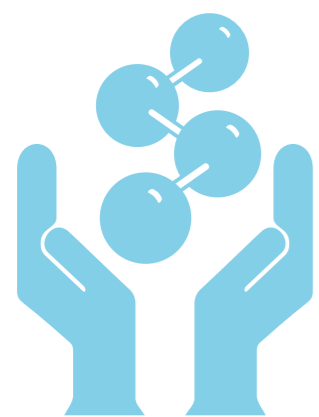


Ihre Ansprechpartnerin für die Initiative Responsible Care:
Dr. Dominique Schröder
Telefon: 05/90 900-3373
schroeder@fcio.at

Betriebe mit Responsible Care

In diesen Firmen arbeitet rund ein Drittel der in der chemischen Industrie Beschäftigten. Sie erzeugen mehr als 40 Prozent des Produktionswerts der chemischen Industrie:

- | | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> 01 ADLER-WERK Lackfabrik Johann Berghofer GmbH & Co KG, Schwaz 02 AIR LIQUIDE Austria GmbH, Schwechat 03 AIR LIQUIDE Austria GmbH, Leoben-Donawitz 04 AVENARIUS AGRO GmbH, Wels 05 AXALTA Coating Systems Austria GmbH, Guntramsdorf 06 BOREALIS Agrolin Melamine GmbH, Linz 07 BOREALIS Polyolefine GmbH, Mannswörth 08 BOREALIS Polyolefine GmbH, Linz 09 DIC Performance Resins GmbH, Wien 10 DONAU CHEMIE AG, Brückl 11 DONAU CHEMIE AG, Pischelsdorf 12 DONAU CHEMIE AG, Landeck 13 EVONIK Fibres GmbH, Schörfling am Attersee 14 EVONIK Peroxid GmbH, Weißenstein 15 JUNGBUNZLAUER Austria AG, Wulzeshofen 16 LENZING AG, Lenzing 17 LOBA Feinchemie GmbH, Fischamend 18 METADYNEA Austria GmbH, Krems 19 ÖGUSSA Österreichische Gold- und Silberscheideanstalt Gesellschaft m.b.H., Wien | <ul style="list-style-type: none"> 20 PATHEON Austria GmbH & Co KG, Linz 21 PIPELIFE Austria GmbH & Co KG, Wr. Neudorf 22 POLOPLAST GmbH & Co KG, Leonding 23 REMBRANDTIN Coatings GmbH, Wien 24 SALZER Formtech GmbH, St. Pölten 25 SANDOZ GmbH, Kundl 26 SANDOZ GmbH, Schaftenau 27 SUNPOR Kunststoff Gesellschaft m.b.H., St. Pölten-Stattersdorf 28 SUNPOR Kunststoff Gesellschaft m.b.H., St. Pölten-Radlberg 29 SYNTHESA Chemie Gesellschaft m.b.H., Perg |
|---|---|
- Auch chemienaher Unternehmen können sich dem Responsible Care-Audit unterziehen. Derzeit sind mit dem RC-Zertifikat ausgezeichnet:
- 30 Applied Chemicals Handels-GmbH, Wien
 - 31 Dalmatherm Dämmtechnik GmbH, Perg
 - 32 Donauchem GmbH, Pischelsdorf



Responsible Care
Verantwortung hat Zukunft

WERBEKAMPAGNE ZEIGTE LEISTUNG DER CHEMIE IM BEREICH E-MOBILITY

Im Jahr 2021 setzten wir in der Kommunikation auf die Leistungen der chemischen Industrie im Bereich Klimaschutz. Die Werbekampagne sollte aufzeigen, was alles durch Chemie im Bereich Nachhaltigkeit möglich ist und wie elementare Leistungen der Chemie für die Erreichung einer grünen Zukunft sind.

Die Entwicklung eines komplett nachhaltigen Rollers bot die Möglichkeit, das Zukunftsthema „E-Mobility“ zu besetzen. Außerdem boten sich rund um das Thema auch die Schwerpunkte „recycled plastics“ beziehungsweise generell „nachhaltige Werkstoffe“, „erneuerbarer Strom“ und viele weitere an. Mit der Kampagnenstory sollte die Chemie/chemische Industrie als Enabler auf dem Weg in eine bessere Zukunft dargestellt werden.

Gemeinsam mit der Firma HORWIN wurde daher ein E-Scooter mit dem Namen Elementary ECO entwickelt. Der Korpus des Elementary ECO besteht zur Gänze aus Recyclingmaterial. Sogar die Sitzbank des Scooters ist aus veganem Kunstleder, das aus Kunststoffabfällen hergestellt wurde.

Um die Aufmerksamkeit zu verstärken, wurden 5 Stück der nachhaltigen E-Roller im Rahmen eines Gewinnspiels verlost, das mit einem Werbespot im TV und online beworben wurde. Der Spot lockte die Seher auf die Website www.diechemie.at, wo sie nähere Informationen über den Beitrag der Chemie zur Elektromobilität und Nachhaltigkeit erhielten.

Der Andrang zum Gewinnspiel war enorm: Von 12. Juli bis 8. September folgten über 17.000 Teilnehmer dem Aufruf und hofften auf einen E-Roller.

Die Kampagne konnte im Online-Bereich insgesamt mehr als 10,6 Millionen Sichtkontakte generieren. Die Zugriffe auf die Werbemittel belaufen sich auf 44.062 Klicks mit einer Klickrate von 0,42 Prozent und können so das starke Interesse an einem neuen und nachhaltigen Scooter sehr gut widerspiegeln. Die Mischung aus Premium Video Vermarktern wie ORF, ProSieben und Teads, gepaart mit Social Media-Kanälen und Youtube konnte die erfreulich hohe Zahl an Gewinnspiel-TeilnehmerInnen generieren.

Im TV erzielte die Kampagne eine Netto-reichweite von 3,2 Millionen.

Gesamt kann diese Kampagne also als voller Erfolg betrachtet werden. Sie erzielte sehr viele Impressionen zu sehr guten Preisen. Durch eine starke Klickrate konnte ebenfalls sehr viel Traffic zur Landing Page generiert werden. So wurde ein sehr großes Interesse am Gewinnspiel geweckt und eine große Reichweite und somit Awareness für den neuen Scooter und für Chemie geschaffen.

Um die Inhalte noch zu vertiefen, ergänzten drei Expertenvideos zu den Themen Biobasierte Industrie, Kunststoffrecycling und Elektromobilität die Kampagne. Sie wurden auf YouTube und Facebook beworben.



Ihre Ansprechpartnerin für die Werbekampagne:

Mag. Dorothea Pritz
Telefon: 05/90 900-3364
pritz@fcio.at

Foto: ©dmb



KREISLAUFWIRTSCHAFT, PATENTSCHUTZ, SOCIAL MEDIA

Schwerpunkte in der Kommunikationsarbeit

Im zweiten Jahr der Pandemie war der öffentliche Diskurs in vielfältiger Weise von den COVID-19-Impfstoffen geprägt. Zu Beginn konnte es gar nicht schnell genug mit der Auslieferung gehen und die Pharmaunternehmen wurden für ihre Leistung bewundert, innerhalb kürzester Zeit wirksame Impfstoffe entwickeln zu können. Ab dem Sommer schwenkte das Pendel jedoch in die andere Richtung. Impfskeptiker bezweifelten die Wirksamkeit der Vakzine und NGOs warfen der Industrie vor, nur für wohlhabende Länder zu produzieren. Viele Mythen und Falschinformationen wurden verbreitet. Während der gesamten Zeit war die Medienarbeit des FCIO darauf fokussiert, sachlich Fakten zu den Impfstoffen, ihrer Produktion und der globalen Verteilung zu vermitteln. Dabei konnten viele ideologische und falsche Narrative aufgezeigt und die Öffentlichkeit sowie politische Entscheidungsträger mit wichtigen Informationen zu der komplexen Thematik versorgt werden.

Fundiert und verständlich Fakten zur Arzneimittelforschung und Medikamentenproduktion zu vermitteln, war auch das Ziel des in Kooperation mit dem Forum der forschenden pharmazeutischen Industrie (FOPI) gestarteten Podcasts „Am Mikroskop“. Dieser widmet sich seit vergangenem Juli verschiede-

nen Themen der Pharmabranche. Von der Nutzung von Gesundheitsdaten für die Forschung über Fragen globaler Lieferketten oder Patentschutz bis hin zu ökologischen Aspekten – Puls4-Infochefin Corinna Milborn interviewte dazu unterschiedliche Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft. Seit Februar 2022 wird der Podcast von der ehemaligen ORF-Radiojournalistin Martina Rupp moderiert.

Die Bedeutung der Kreislaufwirtschaft, insbesondere bei Kunststoffen, war ein weiterer Schwerpunkt der Kommunikationsarbeit 2021. Der Stellenwert der Wiederverwertung für den Umwelt- und Klimaschutz stand dabei im Fokus und war auch Hauptthema einer Medienkooperation mit dem Kurier. Im September wurden im Rahmen eines redaktionellen 20-seitigen Sonderthemas in der Tageszeitung Hintergründe und Fakten zu Status quo und Entwicklungen der Kreislaufwirtschaft in einer ansprechenden, leicht verständlichen Art vermittelt. Leuchtturm-Projekte des FCIO, Themen wie Circular Design und verschiedene Recyclingtechnologien sowie die technischen und regulatorischen Herausforderungen wurden dabei ausführlich behandelt.

Um auch jüngere Generationen zu erreichen, wurde im April 2021 vom Fachver-

band eine Social Media Kampagne gestartet. Das Ziel: Das Image der Chemieindustrie zu verbessern, indem man auf leicht verständliche Weise über die Produkte, Leistungen und Kompetenzen der Branche und deren Bedeutung für den Einzelnen informiert. Dazu wurden unterhaltsame, emotionalisierende Bild-, Text- und Videopostings erstellt, die über Facebook und Instagram verbreitet wurden. Inhaltlich lagen die Schwerpunkte bei wichtigen aktuellen Themen wie Klimaschutz, Gesundheit, Bauen & Wohnen, Freizeit & Sport sowie Produkten des alltäglichen Gebrauchs. Die Kampagne wurde gut angenommen, wie eine hohe Reichweite und vielfache positive Reaktionen zeigen. Im Zeitraum von April bis Dezember wurden etwa 70 Postings veröffentlicht. Dabei wurden knapp 5,5 Millionen Userinnen und User erreicht und über 300.000 Interaktionen erzielt. Aufgrund des Erfolgs der Kampagne wird sie 2022 fortgeführt.



Ihr Ansprechpartner für Medienarbeit:

Mag. Andreas Besenböck
Telefon: 05/90 900-3372
besenboeck@fcio.at

UMFRAGE ZUM IMAGE VON CHEMIE

Chemie besitzt ein ambivalentes Image. Oft wird Chemie als Gegensatz zu Bio gesehen und daher negativ beurteilt. Dass es beim genaueren Hinsehen gar nicht so schlecht um die Einstellung der Österreicher zu der Disziplin steht, hat 2021 eine Umfrage des Fachverbands ergeben.

Die Mehrzahl der Befragten assoziiert Chemie mit Formeln. Doch auch Vielseitigkeit und Fortschritt werden mit dem Fach in Verbindung gebracht. Die Assoziationen „guter Ruf“ und „Sympathie“ können allerdings nur sehr wenige im Bezug zu Chemie herstellen.

Jüngere Personen empfinden Chemie generell eher kompliziert, während Ältere eher dazu tendieren, ihr eine Umweltbelastung anzuhängen. Als Vorteil sehen Ältere hingegen die Jobchancen, die Chemie zu bieten hat. Auch zwischen den Geschlechtern gibt es deutliche Unterschiede. Männer sehen Chemie häufiger als unverzichtbar und innovativer an als Frauen. Letztere sind zu etwa 60 Prozent der Meinung, dass alles „Chemische“ aus dem Labor kommt und schädlich ist, während sie alles „Biologische“ positiv bewerten und der Natur zuordnen.

Chemie und Produkte

Am häufigsten werden Reinigungsprodukte mit Chemie in Verbindung gebracht, dicht gefolgt von pharmazeutischen Produkten, Kunststoffwaren und Farben. Fragt man danach, wie wichtig Chemie bei der Herstellung von unterschiedlichen Produkten ist, so sehen 90 Prozent der Befragten, dass pharmazeutische Produkte und Kunststoffwaren ohne Chemie schwer möglich sind. Männer stufen die Wichtigkeit hier deutlich höher ein, der größte Unterschied zwischen den Geschlechtern findet sich in der Kategorie Kosmetik und Körperpflege sowie agrar-

wirtschaftliche Produkte. Männer akzeptieren chemische Inhaltsstoffe in Produkten deutlich mehr als Frauen. Interessanterweise sind es Jüngere, die mit Chemie in Produkten weniger Probleme haben.

Die Einstellung zur chemischen Industrie

Für 60 Prozent der Befragten überwiegen die positiven Effekte der chemischen Industrie die negativen. Vor allem ihr Beitrag zum medizinischen Fortschritt wird als großer Nutzen wahrgenommen. 16 Prozent beurteilen ihren Beitrag zur Eindämmung der Corona-Pandemie als

größten Nutzen. Als größtes Risiko sehen mehr als ein Drittel der Befragten die Umweltschäden durch die Entsorgung von chemischen Abfällen. Weitere 27 Prozent sorgen sich über gesundheitsgefährdende Inhaltsstoffe in Konsumprodukten.

Ein Drittel der Befragten hat das Gefühl, dass die chemische Industrie stark reguliert ist, 13 Prozent hingegen denken, dass es kaum oder gar keine Regulierung gibt. Teilt man die Befragten in Chemie-Befürworter, Unentschlossene und Ablehnende, gibt es nur zwei klare Tendenzen: Je höher die Zustimmung zu Chemie, desto mehr

Männer sind in der entsprechenden Gruppe vorhanden. Je höher die abgeschlossene Schulbildung, desto höher ist der positive Eindruck von Chemie.



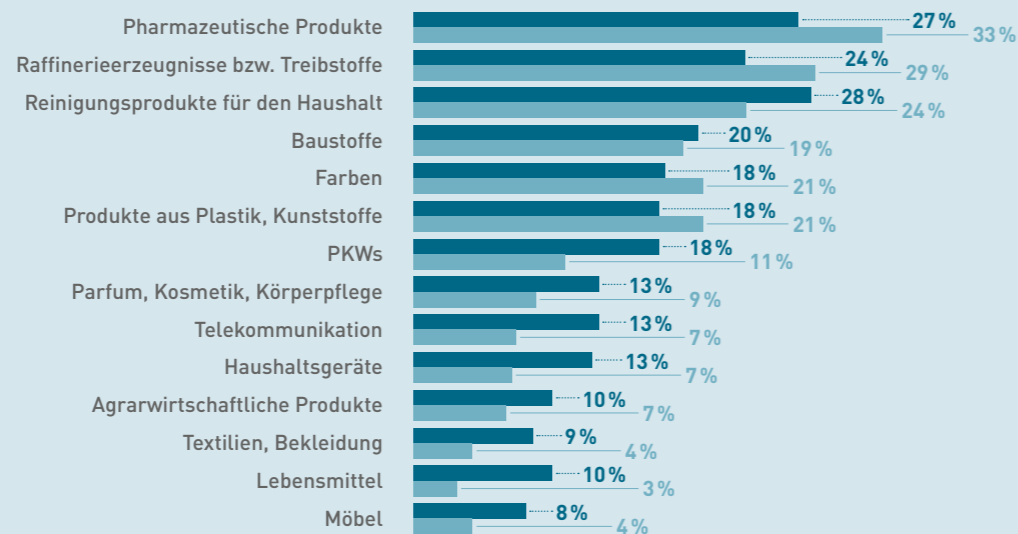
Ihre Ansprechpartnerin für Öffentlichkeitsarbeit:
Mag. Dorothea Pritz
Telefon: 05/90 900-3364
pritz@fcio.at

Empfinden über Produkte mit Chemie (positiv)

Chemie wird noch am ehesten bei Medikamenten und Treibstoffen akzeptiert.

Wie empfinden Sie darüber, dass in den folgenden Produkten Chemie enthalten ist?

■ ... 15-39 Jahre
■ ... 40-69 Jahre

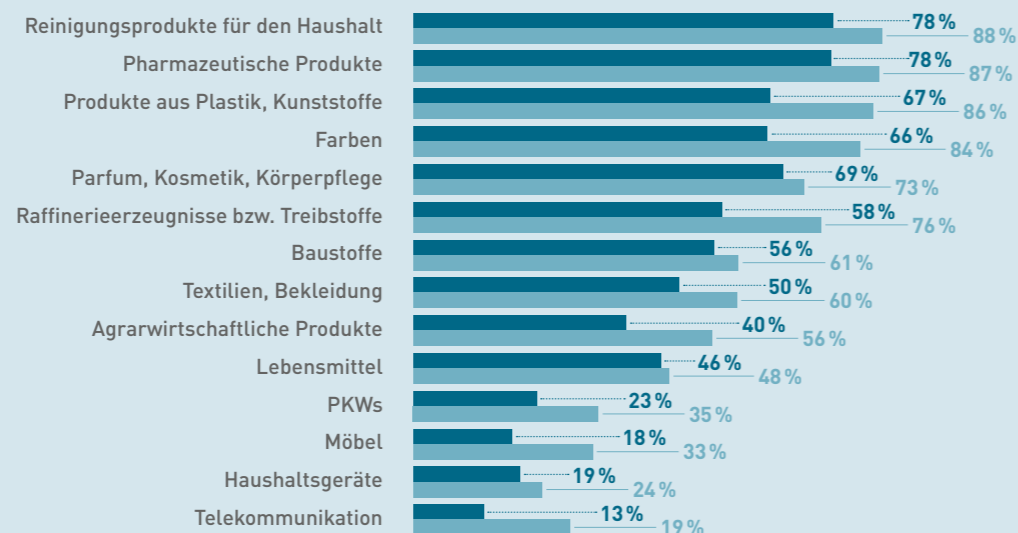


Produktassoziationen mit Chemie

Reinigungsmittel und pharmazeutische Produkte verbinden sehr viele mit Chemie.

An welche Produkte denken Sie, wenn es um Chemie geht?

■ ... 15-39 Jahre
■ ... 40-69 Jahre

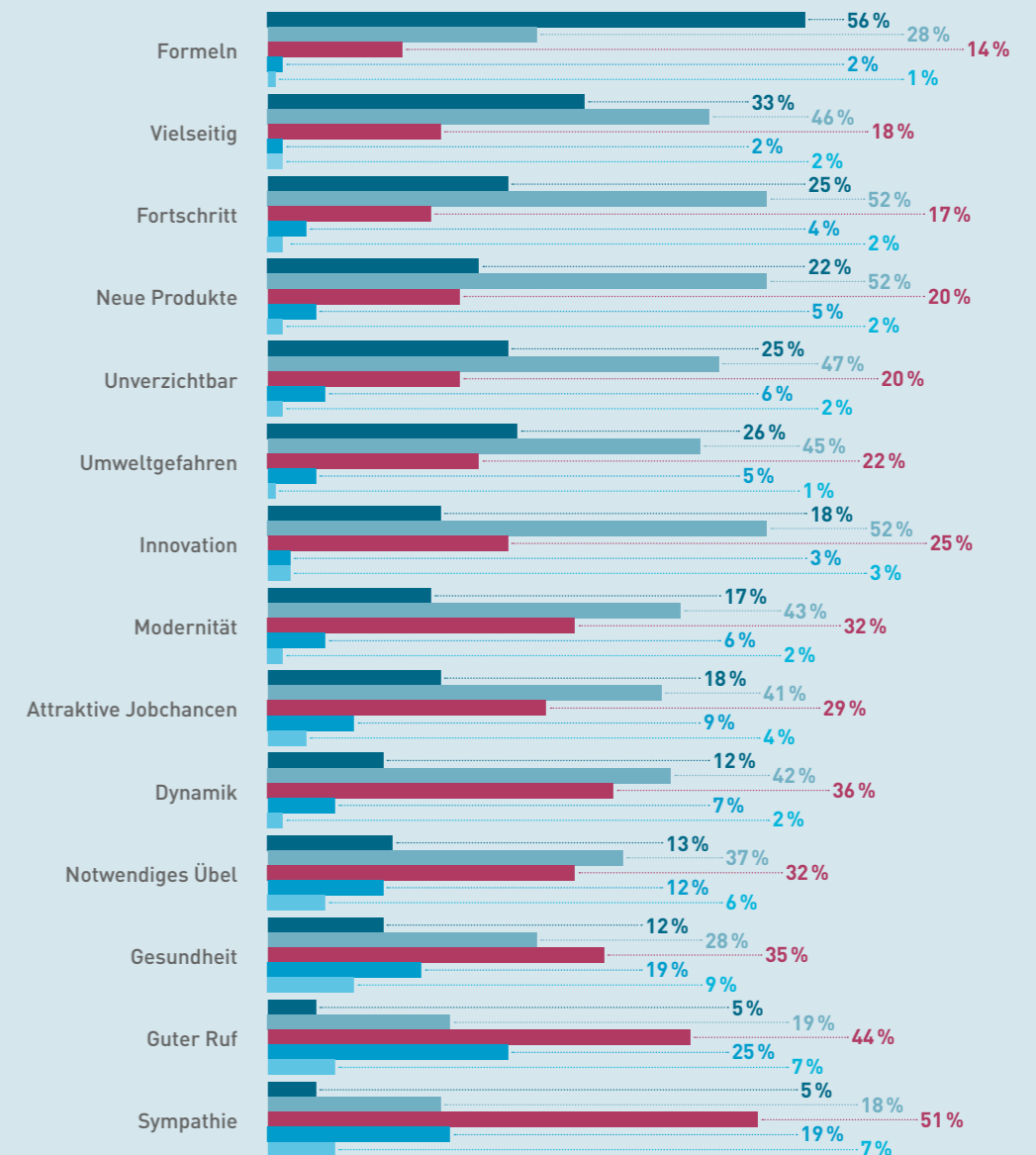


Assoziationen mit Chemie

Formeln, Fortschritt und Vielseitigkeit sind die häufigsten Assoziationen mit Chemie.

Was verbinden Sie ganz allgemein mit Chemie?

■ ... trifft sehr zu
■ ... trifft eher zu
■ ... weder noch
■ ... trifft weniger zu
■ ... trifft überhaupt nicht zu



Quellen: Media 1; FCIO Kampagnentracker, Dez. 2020, n = 499



VERANSTALTUNGEN

Auch dieses Jahr wurden wieder alle Veranstaltungen aufgrund der Pandemie virtuell ausgetragen

C3 – Carbon-neutral Circular Chemistry

Die chemische Industrie ist ein wichtiger Player bei der Umsetzung des Green Deals. Als Zulieferbranche für sämtliche Green Tech Technologien ist ihre Innovationskraft für den Klimaschutz unentbehrlich. Gleichzeitig ist die Branche dabei, auch ihre eigenen Prozesse zu dekarbonisieren.

Im Rahmen der Veranstaltung „C3 – Carbon-neutral Circular Chemistry“ wurde eine Studie des Instituts für Industrielle Ökologie präsentiert, die ergab, dass neben der Verwendung von erneuerbarem Wasserstoff und dem Einsatz von biobasierten Produkten der Schlüssel zur Dekarbonisierung in einer massiven Forcierung der Kreislaufwirtschaft liegt.

In Vorträgen der Mitgliedsunternehmen BASF, Borealis und Sunpor wurden inno-

vative Projekte zum Thema Dekarbonisierung vorgestellt, die allesamt zeigten, wie die chemische Industrie mit ihren zirkulären Konzepten an Lösungen für die Bewältigung der Klimakrise arbeitet.

Damit die chemische Industrie ihre Innovationskraft im Sinne des Klimaschutzes voll ausschöpfen kann, sind die richtigen Rahmenbedingungen eine Voraussetzung, darin waren sich alle Teilnehmer einig. Hier ist Unterstützung aus der Politik gefragt, neben der Ausgestaltung des rechtlichen Umfelds braucht es v.a. die Förderung von F&E sowie von Investitionen in die vorgestellten Zukunftstechnologien.

Karl Kienzl als hochrangiger Vertreter aus dem Klimaministerium, wies in diesem Zusammenhang auf die Schwerpunkte für Klimaschutzmaßnahmen im Entwurf für den österreichischen Recovery-Plan hin und

wertete die Anstrengungen der Branche in Richtung Kreislaufwirtschaft und Dekarbonisierung als positiv.

Klar ist, auf dem Weg zur CO₂-Neutralität gilt es noch zahlreiche Herausforderungen zu meistern, wie auch eine Umfrage unter den 127 Teilnehmern der Veranstaltung zeigte. Vor allem der vermehrte Bedarf an erneuerbarem Strom sowie die rechtzeitige Verfügbarkeit der notwendigen Breakthrough-Technologien werden als die größten Hürden gesehen, die es zu überwinden gibt. Das betrifft das chemische Recycling, bei dem Kunststoffe, die nicht sortenrein gesammelt werden können, wieder in ihre Ausgangsstoffe zerlegt werden. Aber auch die CCU-Technologie (Carbon Capture Utilization), die eine wichtige Möglichkeit für die chemische Industrie auf dem Weg zur Klimaneutralität darstellt, benötigt noch viel Forschungsbedarf. Hierbei wird Kohlendioxid aus Abgasen wieder eingefangen und in weiteren chemischen Prozessen eingesetzt. Der Einsatz von erneuerbarem Was-



Bild links: Studiogast Karl Kienzl wies als hochrangiger Vertreter aus dem Klimaministerium bei der Veranstaltung „Carbon-neutral Circular Chemistry“ auf Förderungen für Klimaschutzmaßnahmen im Recovery-Plan der Regierung hin und wertete die Anstrengungen der Branche in Richtung Dekarbonisierung als positiv.

Bild unten: Bei der Podiumsdiskussion des Stakeholderdialogs Biobased Industry waren sich alle einig, dass die grüne Transformation bereits begonnen habe, aber der von der Politik gesetzte Zeitrahmen sehr kurz bemessen sei.



sätzlicher Ökostrom notwendig ist. Alle Podiumsdiskussionsteilnehmer waren sich einig, dass die grüne Transformation Mut zum Risiko braucht, es bereits auf breiter Front Fortschritte gibt, aber der von der Politik gesetzte Zeitrahmen sehr kurz bemessen ist.

Arbeitsrecht-Stammtisch

Im Jahr 2021 nahm eine Workshopreihe ihren Anfang: der vierteljährliche Stammtisch zum Arbeitsrecht soll helfen, arbeitsrechtliche Kenntnisse zu erweitern und Austausch zu aktuellen Themen und Fragestellungen zu ermöglichen. Die Treffen finden an jedem zweiten Mittwochmittag im Quartal statt und werden – je nach Bedarf – etwa ein bis zwei Stunden dauern.

serstoff spielt bei diesen Prozessen eine wesentliche Rolle.

Stakeholderdialog Biobased Industry

Den Einsatz erdölbasierter Rohstoffe verringern, Kohlendioxid als eines der wesentlichsten Treibhausgase einsparen und auf nachwachsende Materialien setzen, das alles kann die biobasierte Industrie, deren aktuelle Forschungen Thema beim „Stakeholderdialog Biobased Industry“ waren. Die Veranstaltung wurde vom BMK und dem Fachverband der Chemischen Industrie Österreichs (FCIO) als Kooperationspartner gemeinsam ausgetragen.

Hubert Culik, Obmann des Fachverbandes der Chemischen Industrie, betonte in seiner Eröffnungsrede, dass nicht unendliche Mengen an Biomasse vorhanden sind und „die chemische Industrie in Zukunft mit einem Technologiemix arbeiten muss, der sowohl biobasierte Produktion als auch die Kreislaufführung von Produkten aus fossilen Quellen enthält.“

Als Rohstoffe können der biobasierten Industrie nicht nur Holz, sondern auch Pflanzenextrakte, mikrobielle Stoffwechselprodukte, das Trübwasser der Kläranlagen, Papierschlamm oder Abfälle aus der Fleischindustrie dienen. Die vorgestellten Forschungsarbeiten beschäftigen sich mit chemischen Produkten wie Ammonium etwa für die Düngemittelproduktion, Pflanzenschutzmitteln, Lösungsmitteln und Klebstoffen, Enzymen zur Reinigung von Altpapier oder hygienischen, biologisch abbaubaren Bodenbeschichtungen.

Die Veranstaltung hat gezeigt, dass eine der Hauptschwierigkeiten die mangelnde Verfügbarkeit einer ausreichenden Menge an biogenen Rohstoffen ist, es sind jedoch noch weitere Hürden zu überwinden. So zeigte sich in der hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion, dass man bei der Suche nach Ersatz von fossilen Rohstoffen auch immer die Wirtschaftlichkeit im Auge behalten muss, etwa weil Prozesse zur Gewinnung von Chemikalien aus Biomasse energieintensiv sein können, wofür zu-

Dieses Angebot richtet sich an alle am Arbeitsrecht Interessierten, vorrangig an Mitarbeiter der Personalabteilung und Lohnverrechnung. Einerseits sollen diese Treffen helfen, sich sowohl zu Fragestellungen und Erfahrungen auszutauschen, als auch dem Fachverband als Plattform dienen, Ihnen aktuelle Rechtsfragen und Rechtsprechung zu präsentieren oder Bestimmungen „unseres“ Kollektivvertrags zu erläutern.

Der erste Stammtisch widmete sich dem damals brandheißen Themenkreis „3G im Unternehmen“, im anschließenden Erfahrungsaustausch wurde das Thema „Umsetzung der HomeOffice-Bestimmungen“ behandelt. Aufgrund des großen Interesses wird diese Reihe weiter fortgesetzt.



Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

Mag. Dorothea Pritz
Telefon: 05/90 900-3364
pritz@fcio.at

ARBEITSRECHT UND KOLLEKTIVVERTRAG

Das Jahr 2021 war, ebenso wie das Vorjahr, von der angespannten Lage durch COVID geprägt. Wechselnde Verordnungen, sowie zwei Generalkollektivverträge versuchten Ordnung beziehungsweise Ausgewogenheit in das Spannungsfeld zwischen Fürsorgepflicht des Arbeitgebers, Treupflicht des Arbeitnehmers, Aufrechterhaltung der Produktion und Eindämmung der Pandemie zu bringen. 3G am Arbeitsplatz, Masken- und Abstandspflicht waren genauso in aller Munde wie Absonderung, Kontaktpersonenverfolgung und Kostenrückerstattung. Die wellenartige Ausbreitung von neuen COVID-Mutanten, sowie die kurzfristig sich ändernde/angepasste Rechtslage machte

die Planung auf betrieblicher Ebene schwierig. Unter diesen Gesichtspunkten konnte im Frühjahr (branchenübergreifend) ein moderater Kollektivvertragsabschluss ohne rahmenrechtliche Änderungen erzielt werden. Die diesbezüglichen Verhandlungen waren neben COVID bereits vom starken Spannungsfeld von steigenden Inflationsraten auf der einen Seite und Lieferengpässen sowie steigenden Energiekosten auf der anderen Seite geprägt.

Die volatile faktische und rechtliche Situation führte zu Phasen der Rechtsunsicherheit und damit einhergehend zur Verunsicherung bei den Rechtsanwendern. Aus

diesem Anlass heraus wurde ein „arbeitsrechtlicher Stammtisch“ ins Leben gerufen, in dessen Rahmen einerseits fachliche Expertise durch den Fachverband vermittelt wird und andererseits der Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmern wertvollen Input liefert.



Ihre Expertin für Arbeitsrecht:

Mag. Kathrin Desch
Telefon: 05/90 900-3356
desch@fcio.at



Foto: ©adobestock.com/STOATPHOTO

ARBEITSSCHUTZ

Krebserzeugende Arbeitsstoffe weiterhin im Fokus

Auf europäischer Ebene stellte in den letzten Jahren der sichere Umgang mit chemischen Arbeitsstoffen einen Schwerpunkt dar. Im Rahmen der Karzinogene-Richtlinie wurden viele bedeutende krebserzeugende Arbeitsstoffe bisher in drei Paketen mit einem verbindlichen EU-weitem Grenzwert versehen. All diese Regelungen sind in Österreich mittlerweile in der Grenzwerteverordnung ebenso umgesetzt wie die fünfte Liste der Richtgrenzwerte für andere chemische Arbeitsstoffe. In Einzelfällen wurden dabei nationale Grenzwerte nachgeschärft.

Eine vierte Änderung der EU-Regelung für krebserzeugende Arbeitsstoffe wurde kürzlich veröffentlicht. Dabei wird es durch die zusätzliche Aufnahme von reproduktionstoxischen Stoffen in die Richtlinie zu einer deutlichen Ausweitung des Geltungsbereiches auf EU-Ebene kommen. In Österreich unterliegen fortpflanzungsgefährdende Arbeitsstoffe immer schon den gleichen Regelungen wie Karzinogene und Mutagene, sodass diese

Änderung eine Angleichung an das österreichische Recht darstellt.

Die Verwendung geeigneter Risikomanagementmaßnahmen am Arbeitsplatz ist allerdings nicht mehr nur Gegenstand des Arbeitsschutzrechts, sondern auch des Chemikalienrechts. Mit der Expositionsbeurteilung bei der Registrierung von Stoffen unter REACH verschwimmen oft die Grenzen zwischen Arbeitsschutz und Stoffrecht. Zusätzlich werden durch Beschränkungen im EU-Chemikalienrecht vermehrt Arbeitsplatzregelungen verankert. Ein Beispiel dafür ist der Grenzwert für N-Methylpyrrolidon (NMP) für die industrielle und gewerbliche Verwendung in REACH Anhang XVII. Dieser Grenzwert wurde in Österreich ebenfalls in der Grenzwerteverordnung verankert. Bei Diisocyanaten sieht eine REACH-Beschränkung eine verpflichtende Schulung aller gewerblichen und industriellen Verwender bis spätestens 24. August 2023 vor. In Österreich wird in einem Leitfaden versucht, diese chemikalienrechtliche Schulungs-

verpflichtung und die bei der Verwendung von Diisocyanat-haltigen Produkten, wie beispielsweise Lacke, Klebstoffe und Schäume, notwendige Arbeitsplatzevaluierung so abgestimmt wie möglich umzusetzen.

Die Ausweitung von chemikalienrechtlichen Verpflichtungen, die lediglich den Arbeitsschutz betreffen, sind auch in der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit absehbar. Umso notwendiger ist eine EU-weite und auch nationale Diskussion zur Schnittstelle zwischen REACH und Arbeitsschutz. Maßnahmen, die den Arbeitsplatz betreffen, sollten im Arbeitsschutz geregelt werden und nicht im Chemikalienrecht.



Ihr Experte für Arbeitsschutz:

Dr. Christian Gründling
Telefon: 05/90 900-3348
gruendling@fcio.at



Foto: ©adobestock.com/MaksymDykha

FORSCHUNG

Forschung im Spannungsfeld der Pandemiebekämpfung, der Krisenvorsorge und des Green Deals

Das Thema Forschung stand trotz Pandemie tendenziell wieder im Zeichen der Zukunftsthemen, darunter natürlich die Krisenvorsorge zur Aufarbeitung der Lehren aus der Pandemie, die von der Arbeitsgruppe Forschungs-, Innovations- und Investitionsförderung begleitet worden ist.

FTI-Initiative ‚Kreislaufwirtschaft‘

Auf österreichischer Ebene wurde – ausgelöst durch die Festlegungen der EU zum Green Deal – die Programmlinie „Produktion der Zukunft“ überarbeitet und bisherige Teile davon als zusätzliche FTI-Initiative Kreislaufwirtschaft des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) ins Leben gerufen. Zur Begleitung der Ausschreibungen im Rahmen dieser Initiative wurde ein Beirat im BMK eingerichtet, in welchem der FCIO vertreten ist.

Ressourcenschonung und Rohstoffgewinnung für die Produktion, die Schaffung von Wertschöpfung und neuen Arbeitsplätzen in einem nachhaltigen Umfeld sowie massive Fortschritte beim Klimaschutz: Das sind die wichtigsten Potenziale bei der Transformation zu einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft. Um diese zu heben, sind Innovationen unerlässlich. Entsprechend engagiert waren die Einreichungen aus der Industrie bei der ersten Ausschreibung zu dieser Initiative.



Ihr Experte für Forschungsfragen:
Dr. Franz Latzko
Telefon: 05/90 900-3367
latzko@fcio.at

Faktor Grün bei der Projektbewertung

Die FFG hat angekündigt, bei allen Programmlinien Kriterien zur Erreichung der Ziele des Green Deals einzuführen und auf möglichst breiter Basis einzufordern. Was bei der Kreislaufwirtschaft die Förderwürdigkeit schärft, könnte etwa bei der Wirkstoffforschung zur Deckung des nicht gedeckten medizinischen Bedarfs (neue oder verbesserte Therapien) zu nicht angemessenen Nachteilen führen, weil in diesen Forschungs- und Entwicklungsfeldern keine Klimaschutzziele bedient werden können. Der Fachverband sprach sich daher für eine treffsicherere Regelung ohne eine derartige Diskriminierung aus.

Standortstrategie 2040

Als einen Aspekt der Bemühungen zur Stärkung des Industriestandortes hat das BMDW die Entwicklung einer Standortstrategie in Auftrag gegeben. Schwerpunkte dabei sind Nachhaltigkeit und Energiewende sowie Life Sciences. Zu letzteren wurde ein Maßnahmenpapier erarbeitet, das unter anderem zusätzliche 50 Millionen Euro für einen Life Sciences Forschungs- und Produktionsschwerpunkt über die FFG im Bereich klinische Studien, Impfstoffe, Therapeutika und Screening sowie die Prüfung der Etablierung eines Forschungsexzellenzzentrums „European Center for Digitalisation in Biopharma and Medicine“ (ECDB) beinhaltet.

Steuerliche Forschungsförderung

Nachdem die erfolgreiche Investitionsprämie nicht verlängert worden ist, wurde die steuerliche Innovationsförderung durch einen Investitionsfreibetrag ergänzt. In einem Wartungserlass zu den Einkommenssteuerrichtlinien des BMF (Forschungs- und Investitionsprämie) wurden

überdies Gerichtsentscheidungen umgesetzt und damit die Rechtsicherheit für alle Antragsteller erhöht.

Digitalisierung, Datenschutz und seine Nutzung für Forschungszwecke

Mit einer Änderung des Bundesstatistikgesetzes und des Forschungsorganisationsgesetzes wurden weitere Schritte zur Verbesserung des Zugangs zu öffentlich erhobenen Daten für Forschungszwecke gesetzt. Der erweiterte Zugang der Wissenschaft zu Einzeldaten („Mikrodaten“) der Statistik Austria unter Wahrung des Datenschutzes war seit Jahren in Verhandlung mit dem Ziel, Registerforschung im engeren Sinne zu ermöglichen. Innovative Forschung unter Kombination von Datenbeständen wird dadurch gefördert. Den Datenschutzbedenken wurde durch Verfahrensgarantien Rechnung getragen, wie etwa: Zugang nur bei unabhängiger Forschung und für ein konkretes Forschungsvorhaben, Verstoß gegen die Vertraulichkeit ist als Amtsdelikt zu ahnden. Der Fachverband fordert, dass in Zukunft auch Firmen direkt den Datenschutz für Forschungszwecke, etwa für klinische Prüfungen von Arzneimitteln, nutzen dürfen.

Erfolg bei den Forschungsbudgets

Durchaus Erfreuliches konnte aus der Forschungsbeilage zum Budgetbeschluss der Republik Österreich abgeleitet werden. Nach langwierigen Diskussionen wird die Nationalstiftung in den Fonds Zukunft Österreich umgewandelt und mit 140 Millionen Euro jährlich dotiert. Der Bereich Life Sciences (Gesundheit) erhält bis 2025 zusätzliche 85 Millionen Euro, die unter anderem dem Kampf gegen Infektionskrankheiten und der Errichtung und dem Betrieb des Austrian Institute of Precision Medicine gewidmet werden sollen. Nicht zuletzt erhalten klimarelevante FTI-Programme pro Jahr 100 Millionen Euro.

Beihilfenrahmen für F&E

Die Europäische Kommission (EK) hat den bestehenden Beihilfenrahmen evaluiert und Handlungsbedarf hinsichtlich der Begriffsbestimmungen, die Einführung neuer Bestimmungen für die Unterstützung von Technologieinfrastruktur und die Vereinfachung bestimmter Vorschriften (z.B. ver-

einfachte Methode zur Ermittlung indirekter Kosten bei der Berechnung der beihilfefähigen Kosten) gesehen. Gesetzliche Initiativen zur Anpassung sind auf 2022 verschoben worden.

Horizon Europe: Umsetzungspläne zu den einzelnen Missionen wurden vorgelegt

In Verbindung mit Horizon Europe, dem europäischen Forschungs- und Innovationsprogramm, hat die Europäische Kommission auch fünf EU-Missionen auf den Weg gebracht. Diese Missionen zielen darauf ab, große gesellschaftlich drängende Herausforderungen in den Bereichen Gesundheit, Klima und Umwelt zu bearbeiten. Das Konzept der EU-Missionen betrifft den Forschungs- und Innovationsbereich, bezieht aber bei der Umsetzung und Zielerreichung weit in entsprechende Politikbereiche hinein. Im September 2021 wurden die Umsetzungspläne für die Missionen und die ersten Ausschreibungen des Forschungsrahmenprogramms Horizon Europe Ende Dezember 2021 veröffentlicht.

WTO TRIPS Waiver

Die Coronavirus-Pandemie hat eine Diskussion über das Regime zum Schutz des geistigen Eigentums entfacht. Patente werden als zu hohe Hürde für die Verteilung von Impfstoffen angesehen, deren Aufhebung und damit die Möglichkeit der Produktion unter freien Lizenzen sollen die Selbstversorgung ärmerer Länder möglich machen. Zu wenig Beachtung finden in der laufenden Diskussion die Konsequenzen einer solchen Maßnahme für das Innovationssystem weltweit. Der von Indien und Südafrika eingebrachte überarbeitete Vorschlag verlangt nicht nur die Aufhebung der Patente, sondern auch die zur Verfügungstellung von Geschäftsgeheimnissen (Aufhebung bzw. Benützung des Artikel 39.3 TRIPS), die der Behörde im Rahmen von Zulassungsverfahren und GMP-Inspektionen (darunter die Herstellervorschriften) übergeben werden müssen. Der Vorschlag zielt auch auf die Aufgabe von Urheberrechten ab. Mit einer Umsetzung des Vorschlages würden die Verteilungsprobleme nicht beseitigt, sondern die Investitionen für rasch benötigte Entwicklungen gedämpft, wenn nicht verhindert werden.

Fotos: © adobestock.com/by-studio, © adobestock.com/Siarhei

GEFAHRGUTTRANSPORT – TUIS

Reibungslose Umstellung auf neues Gefahrgutrecht 2021

Mitte 2021 war es wieder so weit: geänderte rechtliche Regeln für den Transport von gefährlichen Gütern auf Straße (ADR), Schiene (RID), Binnen- (ADN) und Hochseeschifffahrt (IMDG) und Luftfahrt (ICAO/IATA) traten in Kraft. Diese Neuerungen brachten keine wirklich tiefgreifenden Änderungen für den Transport von Chemikalien mit sich und alle Unternehmen der chemischen Industrie konnten daher die Umstellung ohne nennenswerte Probleme meistern.

Weitere, eher kleinere Änderungen der gefahrgutrechtlichen Regeln werden heuer im Herbst beschlossen. Da diese trotzdem punktuell die Unternehmen betreffen können, werden spätestens im Herbst die Fachverbandsmitglieder im Rahmen eines Workshops auf die kommenden Änderungen vorbereitet.



Foto: ©adobestock.com/Martin Schön

TUIS hilft, wenn's doch passiert

Die größtmöglichen Bemühungen um den sicheren Transport von Chemikalien sind für die Unternehmen der chemischen Industrie zur Selbstverständlichkeit geworden. Im Sinn von Responsible Care wird versucht, alle technischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen, um Unfälle und Zwischenfälle mit Gefahrgütern zu vermeiden. Sollte es trotz aller Vorkehrungen dennoch zu Gefahrgutunfällen kommen, so unterstützen Mitgliedsbetriebe des Fachverbandes seit beinahe drei Jahrzehnten die zuständigen Einsatzkräfte, zumeist Feuerwehren, im Rahmen des Transport-Unfall-Informations- und Hilfeleistungssystems, kurz TUIS (www.tuis.at). In Zeiten von Corona unterstützte

die chemische Industrie die öffentlichen Einsatzkräfte bei Gefahrgutzwischenfällen ebenfalls, auch wenn dies glücklicherweise nicht ganz so oft notwendig war. Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit ist vor allem der persönliche Kontakt zwischen TUIS-Betrieben und Einsatzkräften. Leider konnten aufgrund der Corona-Einschränkungen in den letzten zwei Jahren keine TUIS-Konferenzen in den Bundesländern stattfinden. Diese werden voraussichtlich noch heuer, spätestens aber im Frühjahr 2023, in Vorarlberg fortgesetzt. Diesbezügliche Planungen mit dem Landesfeuerwehrverband haben bereits begonnen.

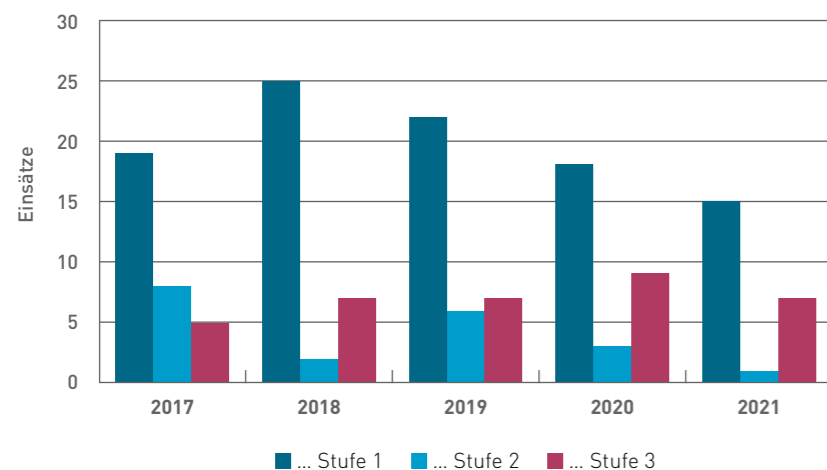
Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit ist vor allem der persönliche Kontakt zwischen TUIS-Betrieben und Einsatzkräften. Leider konnten aufgrund der Corona-Einschränkungen in den letzten zwei Jahren keine TUIS-Konferenzen in den Bundesländern stattfinden. Diese werden voraussichtlich noch heuer, spätestens aber im Frühjahr 2023, in Vorarlberg fortgesetzt. Diesbezügliche Planungen mit dem Landesfeuerwehrverband haben bereits begonnen.

Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit ist vor allem der persönliche Kontakt zwischen TUIS-Betrieben und Einsatzkräften. Leider konnten aufgrund der Corona-Einschränkungen in den letzten zwei Jahren keine TUIS-Konferenzen in den Bundesländern stattfinden. Diese werden voraussichtlich noch heuer, spätestens aber im Frühjahr 2023, in Vorarlberg fortgesetzt. Diesbezügliche Planungen mit dem Landesfeuerwehrverband haben bereits begonnen.



Ihr Experte für
Gefahrgutrecht:
Dr. Christian Gründling
Telefon: 05/90 900-3348
gruendling@fcio.at

TUIS-Einsätze 2017–2021



AUSSEN- HANDEL

Bürokratie, Wartezeiten und Staus – die Folgen des Brexit

Großbritanniens Abgang aus Binnenmarkt und Zollunion hat – trotz Handels- und Kooperationsabkommen – im Geschäftsverkehr mit britischen Partnern vieles und nichts zum Besseren verändert. Das Königreich bleibt der unverzichtbare zweitgrößte Markt Europas, aber die Bewegung von Waren, Dienstleistungen und Personen über die neue EU-Außengrenze ist zum zeitraubenden und kostspieligen Hürdenlauf geworden.

Seit dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs gilt das EU-Chemikalienrecht dort nicht mehr. Registrierungen, Zulassungen bzw. Genehmigungen chemischer Rohstoffe von britischen Unternehmen haben ihre Gültigkeit verloren und sind damit in der EU nicht mehr verkehrsfähig. Exporte in das Vereinigte Königreich unterliegen nun dem britischen Recht. Für Nordirland gibt es eine Sonderregelung, dort gilt das EU-Chemikalienrecht bis auf weiteres wie bisher.

Eine Zollgrenze trennt nun die EU vom Vereinigten Königreich. Unternehmen müssen Zollformalitäten wie Zollkontrollen, Zollanmeldungen, Ursprungsregeln und Beschränkungen beachten. Statt einer innergemeinschaftlichen Lieferung ist eine Zollanmeldung abzugeben und ein Ausfuhrnachweis erforderlich, um eine umsatzsteuerbefreite Ausfuhrlieferung zu belegen.

Der FCIO hat gemeinsam mit der WKO zahlreiche Informationen zum neuen Außenhandelsregime mit dem Vereinigten Königreich den Unternehmen zur Verfügung gestellt und eine Reihe von Vorträgen und Webinaren mitorganisiert.



Ihr Ansprechpartner
für Außenhandel:
Dr. Klaus Schaubmayr
Telefon: 05/90 900-3749
schaubmayr@fcio.at



Foto: ©adobestock.com/diedi

FÜR CHEMIE BEGEISTERN

Kinderaugen zum Strahlen bringen – das geht bei Versuchen, die selbst durchgeführt werden dürfen, ganz schnell. So lässt sich die Jugend für Chemie begeistern. Daher unterstützte der Fachverband auch 2021 wieder den größten naturwissenschaftlichen Projektwettbewerb als Hauptsponsor. Trotz pandemiebedingter Einschränkungen an Schulen nahmen 198 österreichische Schulen, 16.100 Schülerinnen und 610 LehrerInnen am Wettbewerb teil. Mit Projekthilfen im Wert von 1.000 Euro (heuer waren zum ersten Mal ein Kunststoffrecycling-Set und ein Elektrolyse-Set dabei) konnte unter dem Motto

„Mit Chemie zu Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz“ experimentiert und geforscht werden. Zum Schluss vergab eine Jury 10 Haupt- sowie 40 Sonderpreise. Die Preisverleihung fand Anfang Juli in den Räumlichkeiten der Wirtschaftskammer, in einem kleineren Rahmen als üblich, statt.

Auch in den Volksschulen wurde fleißig experimentiert. Zwar konnten auch heuer wieder nicht alle Kurse für die Verwendung der Chemiekoffer des Fachverbands abgehalten werden, insgesamt arbeiten aber nun bereits über 1.000 Volksschulen österreichweit mit den Experimentiersets.

Ist der Funke der Begeisterung einmal geweckt, heißt es Talente fördern. Dies geschieht etwa im Rahmen der Chemieolympiade, die der Fachverband jährlich fördert. 1.700 SchülerInnen nahmen an den Kursen für die Chemieolympiade teil

und erhielten vertiefenden Unterricht. Die besten 4 von ihnen vertraten Österreich bei der internationalen Chemieolympiade und errangen eine Silber- sowie drei Bronzemedailles. Für ausgewählte Teilnehmer der Olympiade sponserte der Fachverband auch 2021 wieder das Chemiecamp in Wien, bei dem die Jugendlichen Einblicke in den Forscheralltag gewinnen konnten.

Und da der Funke der Begeisterung von den LehrerInnen gezündet werden muss, darf natürlich der Schwerpunkt der Lehrerfortbildung in der Bildungsarbeit des Fachverbandes nicht fehlen. Neben den jährlichen Kursen für ungeprüfte Lehrkräfte gab es auch heuer wieder die Sommerschule der Chemie, bei der nicht nur zahlreiche lehrplanspezifische Experimente geübt wurden, sondern auch gleich sämtliche Materialien dafür mit in die Schulen genommen werden konnten.



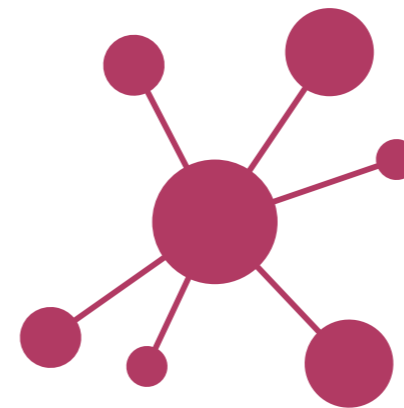
Ihre Expertin für Bildungsthemen:

Mag. Dorothea Pritz
Telefon: 05/90 900-3364
pritz@fcio.at



DIE CHEMISCHE INDUSTRIE

Die chemische Industrie lässt sich in viele unterschiedliche Sektoren unterteilen, die unterschiedliche Anliegen und Bedürfnisse haben. Daher ist die Branchenarbeit ein wichtiger Schwerpunkt im Fachverband.



| | |
|---------------------------------------|----|
| Pharmazeutische Industrie | 36 |
| Kunststoffindustrie | 40 |
| Pflanzenschutz | 42 |
| Düngemittel | 43 |
| Waschmittel, Kosmetik, Aerosole | 44 |
| Lackindustrie | 46 |
| Holzschutzmittel | 47 |
| Kautschuk | 48 |
| Technische Gase | 48 |
| Biokraftstoffe | 49 |
| Fasererzeuger | 50 |
| Bauklebstoffe | 50 |
| Bitumenemulsionsindustrie | 50 |

PHARMAZEUTISCHE INDUSTRIE

Wirtschaftliche Erholung lässt auf sich warten

Für die Pharmaindustrie stand 2021 im Zeichen der Überwindung der COVID-19-Krise. Die ausreichende Versorgung mit Impfstoffen hatte wirtschaftlich gesehen eine Erholung erwarten lassen. Jedoch konnten die Absätze gegenüber 2020 nicht gesteigert werden, bei den pharmazeutischen Vorprodukten war sogar ein Einbruch von mehr als 9 Prozent hinzunehmen.

Gesundheitsminister unter Druck

Auf politischer Ebene war die Krisenbewältigung nach wie vor von unvorhergesehenen Ereignissen begleitet. Dies zeigte sich z.B. durch den Wechsel des Gesundheitsministers: BM Mückstein folgte auf BM Anschober. Für die Arbeit an gesundheitspolitischen Anliegen außerhalb der Pandemiebekämpfung herrschten dadurch weiterhin schwierige Umstände.

Coronabedingte Verzögerung bei der Neuwahl des Vorsitzes der BG Pharmazeutische Industrie

Das bisherige Präsidium mit Frau Bartenstein als Vorsitzende und den Herren Von Lattorff und Thonke als ihre Stellvertreter wurde für die kommende Funktionsperiode wiedergewählt. Frau Bartenstein übernimmt damit auch den Vorsitz im gemeinsamen Pharmaausschuss mit den Großhändlern/Depositeuren des Bundesgremiums für den Arzneiwarenhandel.

Erstattung von Arzneimitteln bleibt Spannungsfeld

Mit einer einmaligen Verlängerung der Preisbildungsregeln bei Eintritt von Biosimilars bis 31.12.2023 im ASVG ist es erfreulicherweise gelungen, diesen Typus von Arzneimitteln weiter differenziert zu betrachten und den Preisdruck zumindest für die kommenden zwei Jahre zu mildern.

An der **Verlängerung der Regelung** zum Preisband wurde intensiv gearbeitet, in den Verhandlungen mit dem Dachverband wurden auch Themenschwerpunkte für die Bearbeitung innerhalb der nächsten zwei Jahre skizziert. Eine Einigung mit

dem Dachverband war Ende des Jahres in greifbarer Nähe, jedoch konnte dieses Projekt 2021 nicht abgeschlossen werden.

Eine Einigung mit dem DVSV zu den **Standardpassagen** in Zusammenhang mit Preismodellvereinbarungen im Rahmen von Anträgen auf Erstattung konnte erfreulicherweise erzielt werden. Ende 2019 wollte der DVSV eine neue Vorgehensweise einführen und stieß auf heftigen Widerspruch seitens betroffener Firmen. Diese Einigung umfasst die Zulässigkeit einer Plausibilitätsprüfung bezüglich der maschinellen Heilmittelabrechnung, den Umgang mit Listenpreisen und Parallelimporten sowie die Einführung eines Verwaltungskostenbeitrages für Preismodellabschlüsse.

Klinische Versuche und Daten für die Forschung

Mit einer Novelle zum AMG wurden notwendige begleitende Änderungen für die EU-Verordnung über klinische Versuche und damit einhergehende Datenschutzfragen im Hinblick auf den Schutz nicht-einwilligungsfähiger Personen und die Beschränkung des Rechts auf Löschung gelöst. Der Fachverband hatte sich für eine möglichst forschungsfreundliche Umsetzung ausgesprochen. Die Änderung des Statistikgesetzes gibt der Statistik Austria nun die Möglichkeit, Mikrodaten für Forschungszwecke bereitzustellen. Der Fachverband sieht dies als ersten Schritt zum Aufbau von Netzwerken für Gesundheitsdaten, die der Forschung dienen sollen. Die Europäische Kommission (EK) legte in diesem Sinne 2021 bereits ihre Pläne zur Schaffung eines europäischen Raums für digitale Gesundheitsdaten zur Konsultation vor.

Standortstrategie 2040

Die Bundesregierung hat mit der Entwicklung einer Standortstrategie 2040 begonnen. Dazu wurde auch eine Arbeitsgruppe zum Thema BioTech, Life Sciences und Gesundheit eingerichtet. Nach einer Priorisierung von Stoßrichtungen wurde ein Maßnahmenpapier mit folgenden Hauptpunkten vorgelegt:

- Zusätzliche 50 Millionen Euro für einen Life Sciences Forschungs- und Produktionsschwerpunkt über die FFG im Bereich klinische Studien, Impfstoffe, Therapeutika und Screening
- Prüfung der Etablierung eines Forschungsexzellenzzentrums „European Center for Digitalisation in Biopharma and Medicine“ (ECDB)

Vorantreiben der EU-Arzneimittelstrategie

Die Europäische Kommission (EK) hat massiv an der Umsetzung der gegen Ende des Jahres 2020 veröffentlichten, umfassenden europäischen Arzneimittelstrategie gearbeitet.

Die **Überarbeitung des Rechtsrahmens** für Arzneimittel soll sich der Lösung folgender Probleme widmen:

- nicht gedeckter medizinischer Bedarf und Marktversagen bei der Bereitstellung von Arzneimitteln
- der ungleiche Zugang zu verfügbaren und leistbaren Arzneimitteln für Patienten in der gesamten EU
- das geltende Recht könnte nicht ausreichen, um innovativen Trends rasch gerecht zu werden
- Ineffizienz und zu hohe Lasten durch bürokratische Anforderungen
- die Anfälligkeit von Lieferketten und Lieferengpässen
- Herausforderungen in Sachen Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Der Fachverband hat sich im Rahmen der Konsultation dafür ausgesprochen, den Rechtsrahmen nur dort zu adaptieren, wo die Treffsicherheit der Bestimmungen nachjustiert werden muss. Bürokratieabbau sollte dazu ein Leitmotiv sein.

Die Europäische Kommission hat 2021 die Einrichtung der **EU-Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen** (Health Emergency Preparedness and Response Authority, HERA) konkretisiert. Diese soll für Krisen der Art, wie sie derzeit erlebt werden, künftig vorsorgen und rasch darauf reagieren können. Bei Eintreten einer Notlage soll die HERA die Entwicklung, Her-



Foto: ©adobestock.com/Artinun

stellung und Verteilung von Arzneimitteln, Impfstoffen und anderen medizinischen Maßnahmen – wie Handschuhe und Masken – sicherstellen, an denen es in der ersten Phase der Coronavirus-Pandemie gemangelt hat. Damit die HERA ihre Arbeit möglichst rasch aufnehmen kann, wird die Behörde innerhalb der Kommission eingerichtet. Der Fachverband hat die Einrichtung der HERA begrüßt und auf die Notwendigkeit einer effektiven Zusammenarbeit mit weiteren Institutionen wie der EMA und den Mitgliedstaaten gedrängt.

Die EK hat eine weitere Konsultation im Rahmen der Überarbeitung der EU-Vorschriften über **Arzneimittel für Kinder und gegen seltene Krankheiten** durchgeführt. Im Rahmen dieser Initiative werden

für eine Überarbeitung der bestehenden Rechtsvorschriften mehrere Optionen zur Behebung jener Defizite aus Sicht der EK untersucht, welche bei der Evaluierung der Verordnungen über Arzneimittel (AM) für Kinder und gegen seltene Krankheiten festgestellt worden sind. Daher hat sich der Fachverband dafür eingesetzt, die Anreize – eine angemessene Spanne der Marktexklusivität für Arzneimittel gegen seltene Krankheiten und eine Verlängerung des ergänzenden Schutzzertifikates für Arzneimittel für Kinder – beizubehalten, um die Planbarkeit für Firmen und Investitionssicherheit zu gewährleisten. Die Idee des europäischen Industrieverbandes EFPIA, einen neuen Anreiz in Form einer übertragbaren Exklusivitätserweiterung (Transferable Exclusivity Extension, TEE) zu schaffen, um derzeit zu wenig bearbei-

tete Therapiegebiete zu fördern, unterstützte der FCIO ebenso.

Die EU-Verordnung über Health Technology Assessment (HTA) konnte 2021 formal abgeschlossen und zur Veröffentlichung gebracht werden. Sie wird im dritten Quartal 2024 in Kraft treten. Bis dahin werden die geplanten Strukturen aufgebaut. Die Verordnung wird für zentral zugelassene Arzneimittel gelten, wobei in einer ersten Phase onkologische Produkte und Arzneimittel für neuartige Therapien, ab 2028 dann Arzneimittel gegen seltene Krankheiten und ab 2030 dann alle verbleibenden Therapiegebiete, die der zentralen Zulassung verpflichtend unterliegen (im Wesentlichen biologische Wirkstoffmoleküle), betroffen sind. Diese schrittweise Einführung führt zu Planbarkeit für

die Arzneimittelentwickler. Eine wesentliche Forderung der Industrie nach Einbindung in die Bewertungsprozesse und nach Verbindlichkeit der Berichte für die nationale Erstattung wurden nicht erfüllt.

Die Arzneimittelstrategie hat mit dem **„Plan gegen den Krebs“** auch eine Querverbindung zu den Forschungsförderaktivitäten (Horizon Europe) der EK erhalten. Der Plan wird neben den Mitteln daraus mithilfe der gesamten Palette der Finanzierungsinstrumente der Kommission umgesetzt, wobei insgesamt 4 Mrd. Euro für einschlägige Maßnahmen vorgesehen sind, einschließlich Mitteln aus den Programmen EU4Health, Digitales Europa und InvestEU-Programm – dies ist ein Teil des europäischen Aufbauplans (European Recovery Fund).

Der Europäische Dachverband **EFPIA** hat zur Begleitung der Aktivitäten der EK einen **„Country Engagement Effort“** unternommen, der den Verbänden in den Mitgliedstaaten maximale Unterstützung in der Interessenvertretung gegenüber den nationalen Behörden bieten soll. In Österreich werden aus diesen Mitteln eine zusätzliche Arbeitskraft finanziert und in einer ersten Aufbaustufe Medienaktivitäten verstärkt. Ende 2021 hat die EFPIA darüber hinaus in den „Kampagnenmodus“ geschaltet.

TRIPS Waiver

Die Coronavirus-Pandemie hat eine Diskussion über das Regime zum Schutz des geistigen Eigentums entfacht. Patente werden als zu hohe Hürde für die Verteilung von Impfstoffen angesehen, deren Aufhebung und damit die Möglichkeit der Produktion unter freien Lizenzen sollen die Selbstversorgung ärmerer Länder ermöglichen. Indien und Südafrika haben dazu einen Vorschlag bei der WTO eingebracht. Die EU hat dagegen vorgeschlagen, Kooperationen zu stärken und auch die Erteilung von Zwangslizenzen im Bedarfsfall innerhalb des bestehenden Systems zu beschleunigen.

Problematisch an den Vorschlägen ist, dass sie nicht nur die Aufhebung von bestimmten Patenten vorsehen, sondern auch die zur Verfügungstellung von Geschäftsgeheimnissen (Aufhebung bzw. Benützung des Artikel 39.3 TRIPS) ermöglichen. Jedenfalls würde das globale Innovationssystem Schaden nehmen, nachdem die Investitionssicherheit aufgehoben wäre. Eine starke Verbesserung der Durchimpfungsrate in den ärmeren Ländern des globalen Südens würde nicht erreicht, wie auch die wirtschaftliche Stärkung mangels der Erreichbarkeit globaler Märkte ausbleiben würde. Der Fachverband spricht sich im Einklang mit der europäischen pharmazeutischen Industrie gegen diese Maßnahme aus.

Umsetzung der FälschungsRL; Startphase des Echtbetriebs

In der Umsetzung der Fälschungsrichtlinie konnte 2021 die Startphase des Echtbetriebes begonnen werden. Diese weitere Phase zur Überleitung in den Echtbetrieb war notwendig geworden, um eine weitere Senkung der Alarmrate zu realisieren, die sich aus technischen Problemen und nicht

aufgrund von tatsächlich aus dem Verkehr zu ziehenden Arzneimittelpackungen ergibt. Dem BMSGPK und dem BASG wurde der Vorschlag unterbreitet, den Echtbetrieb im 4. Quartal 2022 aufzunehmen.

Titandioxid

Nachdem die EFSA im Mai 2021 die Verwendung von Titandioxid (TiO₂) in Lebensmitteln als nicht mehr sicher eingestuft hat, ist die Streichung von TiO₂ von der Liste der erlaubten Lebensmittelzusatzstoffe sehr wahrscheinlich geworden. Damit geht auch die Grundlage für die Verwendung von TiO₂ in Arzneimitteln verloren. Für den Arzneimittelsektor ist auf EU-Ebene eine dreijährige Übergangsfrist und eine weitere Überprüfung festgelegt worden.

Cybersicherheit

Die EK hat eine Richtlinie über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Maß an Cybersicherheit in der gesamten Union (überarbeitete NIS-Richtlinie, kurz „NIS 2“) vorgeschlagen. Darin wird die Erzeugung von pharmazeutischen Produkten und Zubereitungen (NACE, Abschnitt C Kapitel 21) den ‚Essentiellen Einheiten‘ zugeordnet, die Herstellung von und der Handel mit Medizinprodukten sowie Chemikalien sind den ‚Wichtigen Einheiten‘ zugeteilt. Es sind für diese Bereiche eine Reihe von Verpflichtungen vorgesehen. Der Fachverband setzt sich für eine Lösung mit minimalem bürokratischem Aufwand für die Firmen ein.

Nachwirkungen BREXIT

Durch die Pandemie weit in den Hintergrund gedrängt wurde der BREXIT. Ein Handelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich ist gerade noch zustande gekommen, was für den Arzneimittel-Bereich eine erhebliche Entlastung dargestellt hat.

Überarbeitung Lehrberuf Pharmatechnologe

Der Lehrberuf des Pharmatechnologen wird einer Überarbeitung unterzogen. Fachverbandsintern wurde kürzlich ein Entwurf mit den Änderungswünschen der Branche erarbeitet. Dieser Entwurf wird nun von Arbeitnehmerseite überprüft und soll danach dem BMDW zur Genehmigung vorgelegt werden.

Foto: ©adobestock.com/wacomka



KUNSTSTOFFINDUSTRIE

Wirtschaftslage

Ganz unabhängig von dem erzeugten Kunststoffprodukt muss man die nahe Vergangenheit, Gegenwart und die Zukunft der Kunststoffindustrie als bewegend titulieren. Denn Bewegung, Innovation und Engagement sind das Fundament auf welchem die Kunststoffindustrie ihren Erfolg aufbaut. Es gibt viele Herausforderung, die es zu meistern gilt, aber mindestens genauso viele Chancen. Trotz Problemen in den Lieferketten, steigenden Kosten für Rohstoffe und Energie, Verschärfungen der Regularien, dem Fachkräftemangel und dem Kunststoffbashing konnten sehr gute, teilweise historische Ergebnisse erzielt werden. Die steigende Nachfrage bestätigt die Qualität des Produkts Kunststoff sowie seine Notwendigkeit in einer nachhaltigen Zukunft. Dies der breiten Masse verständlich zu machen, zählt zu einer äußerst schwierigen Aufgabe. Um noch besser die Nachfrage an hochwertigen Kunststoffen decken zu können, die Umweltziele zu erreichen und auch dem Konsumenten den Nutzen des Kunststoffs zum Umweltschutz zu erklären, werden hohe Investitionssummen in die Hand genommen. Eine der größten Herausforderungen stellt die Transformation von einer linearen Wirtschaft zu einer Kreislaufwirtschaft dar. Hier wird mit allen Stakeholdern gemeinsam an Lösungen gearbeitet. Die Schaffung und Förderung von Stoffströmen, die Rezyklatverfügbarkeit und -qualität sind Aufgaben, welche es gemeinsam auf europäischer Ebene zu lösen gilt. Die kunststoffverarbeitende Industrie trägt hier ihren Teil durch Design for Recycling-Maßnahmen bei. Darüber hinaus setzt die kunststofferzeugende Industrie ihren Fokus ganz auf die Kreislaufwirtschaft. Es werden viele mutige Schritte gesetzt und keine Mühen und Kosten gescheut, um mit neuen Technologien den Kunststoff stets als Rohstoff zu behandeln und nicht mehr als Abfall. Es ist zu hoffen, dass einerseits die entsprechenden Regularien wie die nachhaltige Beschaffung, die Ökomodellierung oder die EU-Taxonomie und andererseits die steigende Nachfrage an nachhaltigen Produkten diesen Bemühungen gerecht werden.

Verpackungsindustrie

Rezyklateinsatz- und Mehrwegquoten, Design for Recycling, die erweiterte Herstellerverantwortung und der Umgang mit dem Image sind Herausforderungen, mit welchen die Verpackungsindustrie zu kämpfen hat. Ein Problem hierbei ist der Schleier des Nichtwissens, in welchem sich mancher Entscheidungsträger befindet. So stellen sich Fragen wie „Was bedeutet recycelbar im Jahr 2030?“.

Fragen, die im Moment niemand beantworten kann. Fragen, welchen sich der FCIO im Dialog mit dem Ministerium und den Unternehmen stellt und Entscheidungsgrundlagen in Form von Studien und Expertise schafft. Genauso bindet sich der FCIO tatkräftig in die Entwicklung der Berechnung der Bemessungsgrundlage von Litteringkosten und der Ökomodellierung ein. Ziel ist es, den Schleier zu lüften und Planungssicherheit zu gewährleisten.

Bauindustrie

Gerade bei der Herstellung von langlebigen Erzeugnissen ist die Produktqualität das höchste Gut. Die Auswirkungen von der Rezyklateinsatzquote und der Qualität des Rezyklats auf die Produktqualität ist jedoch nicht allen bewusst. Aus diesen Gründen hat der FCIO einen Austausch zwischen Ministerium und der Kunststoffindustrie ermöglicht, wo diese Situation geschildert wurde. Es wurde klar vermittelt, dass es einer gesamtheitlichen Betrachtung bedarf und alle Auswirkungen bedacht werden müssen, um die beste Lösung für die Umwelt zu schaffen. Des Weiteren wurde mit Leuchtturmprojekten klargestellt, dass neue Verwertungsströme geschaffen werden können, allerdings Rezyklateinsatz nur bis zu einem produktabhängigen Prozentsatz möglich ist, um die Produktqualität zu gewährleisten.

Auf Grund der Komplexität der Herausforderungen, welche die Kunststoffindustrie vor sich hat, bemüht sich der FCIO um einen regen Austausch aller Stakeholder, damit nachhaltige und zukunftssträchtige Lösungen für die Kunststoffindustrie erarbeitet werden können.



Foto: ©adobestock.com/Meaw_stocker

PFLANZENSCHUTZ

Landwirte brauchen Innovation und Perspektive

Klimawandel, Volatilität des Weltmarkts, Preissteigerungen und eine zunehmende Regulierung – die Landwirtschaft hat mit zahlreichen Herausforderungen zu kämpfen, die für einzelne Betriebe existenzgefährdend werden können. Die Hersteller von Pflanzenschutzmitteln wollen ihren Beitrag zu einer zukunftsfitten Landwirtschaft leisten und haben entsprechende Initiativen angestoßen. Doch dazu braucht es auch entsprechende Rahmenbedingungen.

Der Green Deal und seine Einzelstrategien „Farm to Fork“ und „Biodiversität“ formulieren ambitionierte Ziele, aber kaum Lösungen. Die IndustrieGruppe Pflanzenschutz (IGP) hat daher den Innovation Deal in den Agrardiskurs eingebracht. Das Ziel ist, im Dialog mit unterschiedlichen Stakeholdern Ideen zu formulieren, wie eine zukunftsfitte Landwirtschaft aussehen kann und welche Schritte zu setzen sind, um die Vorgaben des Green Deals zu erreichen. Die IGP hat daher im vergangenen Jahr sechs Webinare und einen IGP-Dialog veranstaltet, für die erneut namhafte Expertinnen und Experten wie z.B. Urs Niggli vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau oder der Direktor der Generaldirektion AGRI in der EU-Kommission, Georg Häusler, gewonnen werden konnten. Die Beiträge der insgesamt 26 Expertinnen und Experten hat die IGP in einer Schriftenreihe „Innovation Deal“ zusammengefasst, um den Dialog über eine nachhaltige Landwirtschaft von morgen anzustoßen.

Innovation ist der Schlüssel

Die IGP und ihre Mitgliedsunternehmen wollen allerdings nicht nur am runden Tisch ihren Beitrag leisten, sondern aktiv Impulse setzen. Die Hersteller von Pflanzenschutzmitteln investieren daher bis 2030 insgesamt 14 Mrd. Euro in die Forschung und Entwicklung von modernen und digitalen Technologien sowie biologischen Lösungen, denn sie sind überzeugt: Eine zukunftsfitte Landwirtschaft ist auf Innovation und Fortschritt angewiesen. Das belegt nicht zuletzt eine Studie von Wageningen University and Research, deren Ergebnisse im Oktober 2021 präsentiert wurden. Demnach ist mit Ernteeinbußen von 10 bis

20 Prozent, bei mehrjährigen Kulturen wie Äpfeln sogar bis zu 30 Prozent, zu rechnen, sollten die beiden Strategien des Green Deals in der aktuellen Form umgesetzt werden.

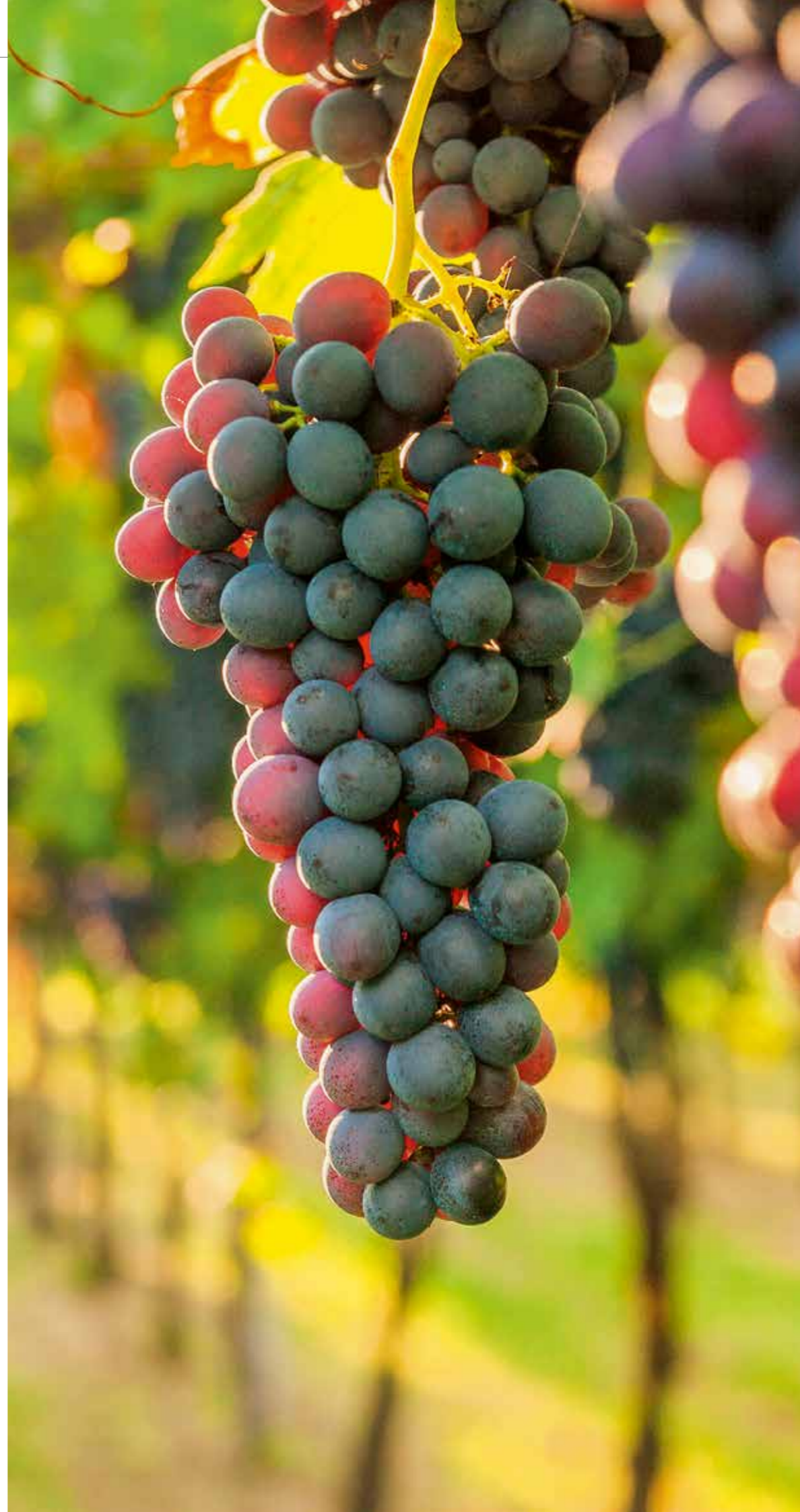
Politik sollte Innovationskraft fördern

Der Begriff Innovation meint jedoch keineswegs nur digitale und moderne Technologien, sondern auch bessere Wirkstoffe und Formulierungen im Pflanzenschutz. Durch den Fortschritt in diesen Bereichen ist es gelungen, die ausgebrachten Wirkstoffmengen pro Hektar seit den 1950ern um 95 Prozent zu reduzieren. Eine Weiterführung dieser Erfolgsgeschichte verlangt jedoch regulatorische Rahmenbedingungen, die eine hohe Innovationskraft ermöglichen, sei es im Bereich Forschung und Entwicklung oder auf den Höfen selbst. Nur dann ist eine zukunftsfitte Landwirtschaft möglich, die ihre Anforderungen und Aufgaben erfüllen kann: eine hohe Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln aus regionaler Produktion sowie ein wesentlicher Beitrag zum Klima- und Umweltschutz.

Braucht Umdenken in der Agrarpolitik

Grundlage dessen ist eine Agrarpolitik, die nicht nur Verbote und Reduktionsziele ausspricht, sondern die Potenziale und Perspektiven aufzeigt und Rahmenbedingungen schafft, um diese auch zu nützen. Die IGP wird daher auch 2022 den Dialog weiter verstärken und für eine solche Agrarpolitik des Ermöglichens werben.

> [igpflanzenschutz.at](https://www.igpflanzenschutz.at)



DÜNGEMITTEL

Mineralische Pflanzennährstoffe

Der Absatz von Stickstoffdünger ist im Kalenderjahr 2021 deutlich gesunken. Außergewöhnlich hohe Preissteigerungen bei Energie und Rohstoffen hatten ab dem 2. Halbjahr – vor allem zu Jahresende hin – auch enorme Preissteigerungen im Mineraldüngemarkt zur Folge, weshalb im dritten und vierten Quartal 2021 die Absatzmengen an Landwirte und Agrarhandel drastisch abnahmen. Die Düngerindustrie und der genossenschaftliche Handel haben die Landwirtschaftskammer bereits im 3. Quartal 2021 über den kritisch niedrigen Einlagerungsgrad bei den wichtigsten Mineraldüngersorten informiert. Erst gegen Jahresende und mithilfe eines Appells der Landwirtschaftsvertreter hat sich die Nachfrage belebt. Dennoch gehen Raiffeisen Lagerhäuser, Landesprodukthändler und Landwirte mit einem deutlich niedrigeren Einlagerungsgrad in die Frühjahrssaison 2022, wobei vor allem weniger Grund- und Mehrnährstoffdünger (PK/NP/NPK-Dünger) eingelagert wurden.

Die österreichische und die EU-Landwirtschaft steht mit Green Deal und Farm to Fork vor großen Herausforderungen, um auf den globalen Agrarmärkten weiter wettbewerbsfähig zu bleiben.

Nach mehreren Jahren guter Erträge und stabiler Agrarpreise sind die Erzeugerpreise 2021 nochmals spürbar angestiegen. Damit haben die reinen Ackerbaubetriebe auch das zweite Corona-Jahr gut gemeistert; hart getroffen hat es abermals die Schweinemäster. Insgesamt hat die COVID-Krise wiederholt die vergleichsweise hohe Widerstandsfähigkeit der Lebensmittel-Produktionskette in Österreich und der EU bewiesen.

Die österreichische Düngemittelwirtschaft erwartet angesichts der historisch höchsten Düngerpreise für die kommende Saison bei den Grundnährstoffen Phosphat und Kali eine deutlich rückläufige Nachfrage.

Die digitale, teilflächenspezifische Anwendung von Mineraldüngern nimmt weiter an Fahrt auf, wobei die exakte Bemessung des Düngedarfs basierend auf Satellitenkarten für jedes einzelne Feld zur Realität wird und „Data-Sharing“ von den Landwirten zunehmend als Chance für Transparenz und Akzeptanz gesehen wird.

Organische Düngemittel

Das Jahr 2021 war geprägt von den Herausforderungen aufgrund der wirtschaftlichen Verwerfungen der globalen Lieferketten. Probleme bei Rohmaterialien, Energie, Produktion und Transport gaben Anlass zur Sorge.

Gerade bei organischer Düngung stehen jedoch die Langfristigkeit und die Kontinuität im Fokus. Mit reduzierten Düngermengen werden die Erträge mittel- bis langfristig sinken und dadurch die Lebensmittelpreise weiter steigen.

Für diese Herausforderung bedarf es global geschlossener Anstrengungen.

Foto: @adobestock.com/fatoluk1993

WASCHMITTEL, KOSMETIK, AEROSOLE

Wirtschaftliche Entwicklung geprägt durch Corona-Pandemie

Regelmäßiges Händewaschen sowie die gründliche Reinigung von Oberflächen in Küche, Bad und WC waren zu Beginn der Corona-Krise ein wichtiges Instrument in der Pandemiebekämpfung. Dies bescherte den Mitgliedsbetrieben des Fachverbandes, die im Bereich der konsumnahen Wasch- und Reinigungsmittel tätig sind, trotz der wirtschaftlichen Krise ein ökonomisch außergewöhnlich erfolgreiches Jahr 2020. An dieses konnte im abgelaufenen Jahr nicht mehr angeschlossen werden, obwohl dieses auch noch durch zahlreiche Corona-Maßnahmen wie Ausgangsbeschränkungen und der verstärkten Nutzung von Homeoffice geprägt war.

Auch im Bereich der gewerblichen und industriellen Wasch- und Reinigungsmittel kam es zu einem leichten Umsatzrückgang, insbesondere da die Nachfrage an Desinfektionsmitteln 2021 deutlich nachließ. Zeitweise waren auch Hotel- und Gastronomiebetriebe immer noch geschlossen, sodass auch Produkte für diese Bereiche umsatzmäßig das Vorkrisenniveau nicht erreichen konnten.

Zudem drückten die Rohstoffpreissituation und die erheblichen Schwierigkeiten bei der Beschaffung deutlich auf das Ergebnis, und zwar nicht nur hinsichtlich einzelner Rohstoffe, sondern quer über alle Rohstoffe hinweg, egal ob erdölbasiert oder nachwachsend. Zu erwarten ist, dass sich aufgrund des Ukrainekrieges die Situation im heurigen Jahr noch verschärfen wird.

Auch bei der stabilen Entwicklung des österreichischen Kosmetikmarkts spielt Corona eine wesentliche Rolle. Nach einem starken Wachstum 2020 bei Produkten für die persönliche Hygiene, waren in diesem Produktsegment Umsatzrückgänge zu verzeichnen. Diese konnten aber mit Zuwächsen bei dekorativer Kosmetik und Sonnenschutzmitteln, aber auch bei Parfüm und Deos halbwegs ausgeglichen werden. Auch schwierig war die Situation bei professionellen Produkten, zum Beispiel für Friseur, jedoch war hier die Entwicklung etwas positiver als zu Beginn der Corona-Pandemie, als körpernahe Dienstleistungen monatelang nicht angeboten werden konnten.

Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit wird große Herausforderung für die Branche

Das EU-Stoffrecht mit seinem überproportionalen Verwaltungsaufwand stellt die Waschmittel- und Kosmetikindustrie bereits jetzt vor große Herausforderungen. REACH, CLP und Biozidrecht sind hauptverantwortlich, dass die Branche im Vergleich zu anderen überproportional von regulatorischen Belastungen betroffen ist, besonders im administrativen Bereich. Ein gutes Beispiel dafür ist die Meldeverpflichtung für Gemische im Rahmen der CLP-Verordnung, die anstelle der einfachen Übermittlung eines Si-

cherheitsdatenblattes seit Beginn des Jahres 2021 die detaillierte Angabe der Rezeptur erfordert.

Leider ist eine Entlastung der Unternehmen beim Verwaltungsaufwand mit der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit im Rahmen des EU-Green Deals nicht absehbar. Im Gegenteil: neben zusätzlichem administrativem Aufwand sind weitere regulatorische Einschränkungen bei Rohstoffen absehbar. Verantwortlich dafür sind die geplanten neuen Gefahrenklassen im Rahmen der CLP-Verordnung im Zusammenspiel mit dem Ausbau der gefahrenbasierten Verbote für endokrine Disruptoren und persistente Chemikalien. Gleichzeitig sollen sowohl die Detergenzienverordnung als auch Kosmetikverordnung an die Ziele der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit angepasst werden.

Wasch- und Reinigungsmittelhersteller federführend bei freiwilligen Selbstverpflichtungen

Umweltschonende Innovationen von effizienten Wasch- und Reinigungsmitteln sind eine wesentliche Säule für die wirtschaftliche Stabilität der Branche auf europäischer Ebene. Freiwillige Kompaktierungsprojekte werden fortgesetzt und die Charta für nachhaltige Reinigung laufend nachgeschärft. Derzeit wird an der Integration des Produktumweltfußabdrucks in diese, über die letzten Jahrzehnte entwickelte, Nachhaltigkeitsinitiative gearbeitet.

Im Bemühen um eine effiziente Kreislaufwirtschaft werden im Rahmen der jüngsten Selbstverpflichtung neue Maßstäbe bei Verpackungen gesetzt: Bis 2025 sollen alle Verpackungen vollständig verwertbar, wiederverwendbar oder kompostierbar sein und mindestens 20 Prozent Rezyklat enthalten. Dazu wurde in Österreich ein Pilotprojekt für die verstärkte Nutzung von Polyethylenzyklaten mit Unterstützung des Umweltministeriums gemeinsam mit Abfallsammlern und -behältern in Österreich 2021 abgeschlossen. So konnte aus den gesammelten Haushaltskunststoffen eine Polyethylenflasche vollständig aus Rezyklat hergestellt werden. Diese Ergebnisse zeigen, dass in Öster-



Foto: © adobestock.com/LIGHTFIELD STUDIOS

reich zwar ein großes Potenzial für das Schließen des Kunststoffkreislaufes vorhanden ist, allerdings fehlen wesentliche Voraussetzungen noch, um den wiedergewonnenen Kunststoff in der notwendigen Menge und der gewünschten Qualität zu erhalten. Mit den Novellen zum Abfallwirtschaftsgesetz und der Verpackungsverordnung wurden auf nationaler Ebene zwar erste Schritte gesetzt, weitere Maßnahmen sind aber EU-weit notwendig: klare und einheitliche Vorgaben für die Rezyklierbarkeit von Verpackungen und Incentives

für den verstärkten Rezyklateinsatz. Kontraproduktiv ist eine zusätzliche Belastung der Unternehmen durch eine undifferenzierte Abwälzung der EU-Plastiksteuer, einem EU-Finanzierungsinstrument, auf die Abfüller.

Auch Kosmetikbranche setzt auf Nachhaltigkeit und Verbraucheraufklärung

Ausgehend von vielen Einzelbeispielen führender Kosmetikhersteller wird intensiv über eine branchenweite Nachhaltigkeitsinitiative diskutiert. Damit soll der fossile Energieverbrauch bei der Herstellung von kosmetischen Mitteln deutlich reduziert und durch verstärkten Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen der CO₂-Fußabdruck verbessert werden. Auch die weitere Reduktion der Gewässerbelastung der Produkte und vor allem der Einsatz von nachhaltigen Verpackungen sind Gegenstand dieser Initiative.

Dass freiwillige Maßnahmen nicht für immer freiwillig bleiben, zeigt die Selbstverpflichtung zum Ersatz von Mikroplastikpartikeln zum Zwecke des Peelings und der Reinigung. Im Rahmen von REACH stehen zusätzlich Beschränkungen bevor. Gerade bei Make-up, Nagel- und Lippenpflege lassen die Entwicklungen unverhältnismäßig kostspielige Reformulierungen ohne markanten Umweltnutzen befürchten.

Die Kommunikation mit der interessierten Öffentlichkeit wird unter der Branchenplattform Kosmetik transparent fortgesetzt und der interaktive Dialog gezielt forciert. Ein moderner Internetauftritt, regelmäßige Newsletter und Blogs über neueste Trends und Entwicklungen führen zu einer erfreulichen Akzeptanz.

Die in Deutschland entwickelte Cosmile App kann auch in Österreich alle Verbraucher auf einfache Art und Weise über die Inhaltsstoffe von kosmetischen Mitteln und deren Funktion informieren. Künftig wird die verknüpfte Datenbank allen EU-Bürgern in deren Landessprache zur Verfügung stehen und soll so auch die Basis für die Digitalisierung von bestimmten Kennzeichnungselementen darstellen.

Aerosolindustrie vom Green Deal besonders gefordert

Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft stellt die Aerosolindustrie vor besondere Herausforderungen. Die Entwicklung von Alternativen zum fossilen Treibgas, der verstärkte Einsatz von Druckluft und Stickstoff aber auch die Reduktion der Verpackungen durch stärkere Komprimierung sind nur einige Beispiele für Innovationen der letzten Jahre. Zusätzlich wird intensiv an dem vermehrten Einsatz von Recyclingmaterial, egal ob für Weißblech-, Aluminium- oder auch Kunststoff aerosolen gearbeitet. Leider wird die weitere Entwicklung von Druckgaspackungen aus Kunststoff durch die EU-Plastikstrategie gebremst. Die seitens der EU-Kommission in Aussicht gestellte Erhöhung der Nennfüllmenge für diese Aerosole, die neue innovative Einsatzmöglichkeiten erlaubt, wird momentan leider nicht weiterverfolgt.

Auch über ganz neue Ansätze wird seitens der Unternehmen nachgedacht: wiederbefüllbare Druckgaspackungen. Sind diese eine Möglichkeit die Green Deal Vorgaben zu erfüllen und gleichzeitig die hohen Verbrauchererwartungen zu erfüllen? Die Zukunft wird es zeigen.

LACKINDUSTRIE

Auch im Jahr 2021 war die weltweite Pandemie mit ihren Auswirkungen prägend für die wirtschaftliche Entwicklung der österreichischen Lack- und Anstrichmittelindustrie. Mit Ausnahme des Automotive-Bereichs zeigt sich bisher insgesamt eine positive Geschäftsentwicklung. Insbesondere der Bau- und Farbenbereich hat sich auch im Jahr 2021 sehr zufriedenstellend entwickelt. Alles in allem kann 2021, mit der genannten Ausnahme, als erfolgreiches Jahr für die österreichische Lack- und Anstrichmittelindustrie bezeichnet werden.

Überschattet war die gute Entwicklung allerdings von drastischen Preissteigerungen und Engpässen

bei den Rohstoffen. Insbesondere bei Epoxidharzen, aber auch bei anderen Rohstoffen wie Titandioxid oder Lösemitteln kam es zu Verknappungen und in der Folge zu enormen Preissteigerungen.

Die Zahl der Produktionsstätten von Epoxidharz ist weltweit begrenzt, wodurch Störungen oder gar Ausfälle schnell negative Auswirkungen auf den Rohstoffmarkt haben. Sicherheitstechnische Optimierungen und Neuaufsetzungen der Produktionsabläufe in asiatischen Epoxidharzproduktionen sowie ihren Zulieferfirmen schränken die Verfügbarkeit dieses wichtigen Bindemittels ein. Im Presseclub 2021 mussten wir berichten, dass die Branche mit Preissteigerungen in diesen Bereichen von bis zu 50-60 Prozent konfrontiert ist. Die Situation hat sich zwar im Laufe des Jahres etwas entspannt, ist aber bei weitem noch nicht optimal. Zu großen Preissprüngen kam es

aber auch bei Verpackungsmaterialien und im Bereich der Logistik.

Doch nicht nur Verknappungen bei Epoxidharzen belasteten unsere Unternehmen. Einzelne Lösemittel verzeichneten Preissteigerungen von über 100 Prozent. Schuld daran waren Force Majeure-Fälle bei Produzenten von Basisprodukten. Auch bei Isocyanaten und Titandioxid kam es zu außergewöhnlich hohen Preissteigerungen.

Da auch die Preise für Kunststoff und Stahl gestiegen sind, haben sich auch die Verpackungen überdurchschnittlich verteuert. Hinzu kam, dass nicht nur die Lackindustrie mit Rohstoffproblemen kämpfte, sondern auch beispielsweise der Chipmangel die Automobilindustrie erneut zu Kurzarbeit gezwungen hat. Dies hatte in der Folge natürlich auch Auswirkungen auf den Automotive-Sektor.

Herausforderung Chemikalienrecht

Auch im Jahr 2021 wurde die Berufsgruppenarbeit durch die umweltpolitischen Entwicklungen in der Europäischen Union geprägt.

Green Deal

Die im Zuge des Green Deals von der EU-Kommission verlautbarte neue Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit setzte die Branche unter enormen Druck. Die im Oktober 2020 veröffentlichte Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit stellt eine zentrale Säule des Null-Schadstoff-Ziels dar und fasst die langfristige Vision für Chemikalienpolitik in Europa zusammen.

Für die Lack- und Anstrichmittelindustrie bedeutet das, dass die europäischen Regeln zum Gesundheits- und Umweltschutz weiter verschärft werden. Durch die Entwicklung von neuen Gefahrenmerkmalen wie endokrine Disruptoren und die angekündigte Registrierung von Polymeren wird unsere Industrie vor enorme Herausforderungen gestellt. Soweit sich die geplanten Maßnahmen schon in Verordnungen konkretisiert haben, kann schon jetzt gesagt werden, dass diese Verschärfungen nicht machbar sind. Die österreichische Lack- und Anstrichmittelindustrie will eine deutliche Botschaft an alle

Entscheidungsträger senden, dass hier ein falscher Weg eingeschlagen wird. Da bereits jetzt die Umsetzung der komplexen Vorgaben insbesondere kleine und mittlere Unternehmen vor größte Herausforderungen stellt, sind die neuen geplanten umfassenden Maßnahmen der EU-Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit kritisch zu bewerten. Um auch künftig innovative Lösungen und gesellschaftlich relevante Technologien entwickeln und einsetzen zu können, muss es auch zukünftig noch möglich sein, gefährliche Chemikalien herzustellen und zu verwenden, wenn kein Risiko für Mensch und Umwelt besteht. Die langjährige Forderung, endlich den risikobasierten Ansatz zu wählen und nicht nur von der inneren Gefahr der Stoffe auszugehen, wird immer drängender.

Geplant sind Änderungen und Verschärfungen der REACH- und CLP-Verordnung sowie mehrere produktspezifische Regelungen. Außerdem sollen neue Datenanforderungen, Verwendungsbeschränkungen und eine umfassende Regulierung von Stoffgruppen mit bestimmten Eigenschaften kommen. Ein Legislativ-Vorschlag zur Änderung von REACH soll 2022 vorliegen. Die Beschränkungen von Chemikalien in Verbraucherprodukten und eventuell auch in professionellen Verwendungen sollen künftig oft ohne vorherige Risikobewertung und Konsultation der Hersteller im Schnellverfahren erfolgen. Bestimmte Polymere sollen registrierungspflichtig werden. Geprüft wird auch die Einführung eines Bewertungsfaktors für mögliche Kombinationseffekte von Stoffen.

Unter CLP sollen mehrere neue Gefahrenklassen, wie zB endokrine Disruptoren, eingeführt werden.

Die österreichische Lack- und Anstrichmittelindustrie befürchtet, dass viele Rohstoffe, die für die Performance von Farben, Lacken, Druckfarben und Anstrichmitteln unabdingbar sind, in Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehen könnten.

Wegfall von bioziden Wirkstoffen

Nach wie vor stellt auch der Wegfall von bioziden Wirkstoffen für die Lack- und Anstrichmittelindustrie eine große Herausforderung dar. Insbesondere für die

Konservierung der wässrigen Produkte notwendigen Wirkstoffe gibt es nach wie vor keinen geeigneten Ersatz. Die Übergangsvorschriften wurden zwar bei einigen Stoffen bis 2025 ausgedehnt, es zeigt sich aber jetzt schon, dass keine geeigneten neuen Wirkstoffe verfügbar sein werden.

Titandioxid

Nach wie vor ist bezüglich der Neueinstufung von Titandioxid keine Entscheidung des EuGH getroffen worden. Die österreichische Lack- und Anstrichmittelindustrie hat gemeinsam mit anderen Unternehmen diese Einstufung bekämpft. Aller Voraussicht nach, wird diese Entscheidung aber erst im 1. Halbjahr 2022 kommen.

Ausbildung

Als Vorstufe zum FH-Lehrgang „Applied Chemistry“ konnte im Sommer 2021 der erste akademische Lehrgang „Surface Technology“ als Summerschool an der FH-Krems stattfinden. 15 Teilnehmer aus mehreren europäischen Ländern und aus Österreich konnten diese Ausbildung erfolgreich abschließen und ein Zertifikat der FH Krems in Empfang nehmen.

Leuchtturmprojekt Gebinderecycling

Im Zuge des Green Deals und der Umsetzung der neuen Kreislaufwirtschaft hat sich die Lack- und Anstrichmittelindustrie dazu entschlossen, ein Leuchtturmprojekt gemeinsam mit dem Umweltministerium und Partnern aus der Abfallwirtschaft zu initiieren. Kunststoffgebinde der Lackindustrie sollen im Kreislauf geführt und wieder verwertet werden. Das Projekt steht kurz vor dem Abschluss und wird voraussichtlich Anfang 2022 präsentiert werden können.

Auch im Jahr 2021 wurden die Initiativen der Berufsgruppe Lack- und Anstrichmittelindustrie in einem virtuellen Presseclub an Medien und Fachzeitschriften herangetragen. Hauptthemen waren dabei wieder einmal die wirtschaftliche Entwicklung und die Auswirkungen der Pandemie, die Branchenprojekte sowie die Auswirkungen des Green Deals und der europäischen Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit. Der Presseclub Lack hat auch 2021 wieder ein sehr gutes Medienergebnis erreicht.

HOLZ-SCHUTZ-MITTEL

Im Zentrum stand die mangelnde Verfügbarkeit von Wirkstoffen für einen effizienten Holzschutz. Durch die zeitlichen Verzögerungen im Rahmen des „Review Programs“ auf Seiten der europäischen Chemikalienagentur ECHA kommen die Produzenten von zugelassenen Holzschutzmitteln unter Druck, weil die Zulassung einzelner Produkte abzulaufen droht. Auf Initiative der Industrie hat aber die Competent Authority Group der Mitgliedsländer einer Verlängerung der Zulassungen auf 2025 zugestimmt.

Auch für 2021 wurde das österreichische Holzschutzmittelverzeichnis, diesmal in seiner 48. Auflage, herausgebracht und ist auf www.holzschutzmittel.at online verfügbar.

Fotos: © adobestock.com/Luciano Queiroz, © adobestock.com/luisinoirero

KAUTSCHUK

Auch der Kautschukbereich profitierte von der sich belebenden Konjunktur. Pandemiebedingt blieb die Nachfrage nach medizinischen Verbrauchsartikeln weiterhin sehr hoch, was die Bilanzen teilweise glänzend aussehen lässt. Für die reinen Anbieter von technischen Teilen war eine Erholung im Industrieschnitt zu erkennen.

Während der Pandemie konnten innovative Lösungen für den Kautschukbereich gefunden und auf den Markt gebracht werden. So bringt ein österreichischer Hersteller die erste wasserbasierte Gummilösung auf den Markt, um gestiegenen Anforderungen an Nachhaltigkeit und Umweltschutz zu genügen.

Technische Teile für die Reifen-Runderneuerung sind immanenter Bestandteil und Voraussetzung für die Kreislaufwirtschaft im Reifenbereich. An einer Stärkung dieses Bereichs, zum Beispiel durch öffentliche Auftragsnehmer im Rahmen des Aktionsplans ‚nachhaltige Beschaffung‘ und den Bestrebungen zur Einführung von Kreislaufwirtschaft, wird intensiv gearbeitet.

Aufgrund von Materialengpässen bei wesentlichen Roh- und Hilfsstoffen zur Herstellung vulkanisierter Kautschukprodukte sind für 2022 Lieferprobleme nicht auszuschließen.



Foto: ©adobestock.com/meaileluc.com

TECHNISCHE GASE

Die Pandemie hat gleich zweimal zu Rekordbelegungen von Intensivbetten geführt, wodurch die Nachfrage nach medizinischem Sauerstoff, sowohl in flüssiger Form im Tankwagen, aber ganz besonders in Flaschen, zu großen Herausforderungen führte.

Aufgrund der guten Vorbereitung in Zusammenarbeit mit den Behörden konnten diese Aufgaben ohne Probleme gemeistert werden.

Der Industriegasemarkt entwickelt sich trotz vieler negativer Einflüsse mit einem Wachstum von über 8 Prozent sehr positiv.

Durch die wieder stattgefundenene Knappheit verschiedener Gase, insbesondere Argon und Kohlensäure, sowie die im zweiten Halbjahr dramatisch gestiegenen Stromkosten, kam es zur Verteuerung einiger Produkte.

Ein Ende dieser teilweise turbulenten Entwicklungen aufgrund verschiedener Einflüsse ist derzeit nicht in Sicht. Steigende Rohstoffkosten in verschiedenen Bereichen haben Auswirkung auf die Kosten der Gasindustrie. Speziell die Prognose der Stromkostensteigerung stellt die Industriegas-Unternehmen sowie die gesamte Industrie vor große Aufgaben.

Die Stromkosten steigen auch 2022 weiter stark an und nehmen durch ihren großen Anteil an den Gesamtkosten für die Herstellung von Industriegasen einen erheblichen Einfluss auf die Vorkosten.

Die positive Prognose des Wirtschaftswachstums öffnet die Möglichkeit, gemeinsam mit der Industrie optimale Versorgungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

BIOKRAFTSTOFFE

Mit dem Mitte Juli 2021 veröffentlichten „Fit for 55“-Gesetzespaket präsentierte die EU-Kommission auch überarbeitete und neue Vorgaben für den weiteren Umbau unseres Energiesystems, die Auswirkungen auf den Einsatz von nachhaltigen Kraftstoffen haben werden. Der Kommissionsentwurf zur Richtlinie Erneuerbare Energien sieht im Verkehrsbereich vor, dass die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 13 Prozent sinken müssen. Die große Umstellung ist, dass nun ein Reduktionsziel im Bereich der Intensität der Treibhausgasemissionen definiert wird, anstelle eines derzeit gültigen reinen Erneuerbare-Energien-Ziels mit Verpflichtungen für Kraftstofflieferanten. Unterziele für fortschrittliche Biokraftstoffe und erneuerbare Kraftstoffe nicht-bioge-

nen Ursprungs (RFNBOs „renewable fuels of non-biological origin“ wie z.B. Wasserstoff oder E-Fuels) ergänzen die Vorgaben.

Die aktuell größte und effizienteste Maßnahme zur Dekarbonisierung des Verkehrs- und Transportsektors stellt der Einsatz von Biokraftstoffen, hier speziell Biodiesel und Bioethanol, dar. Für 2020 weist der Biokraftstoffbericht des Klimaschutzministeriums aus, dass mehr als 1,3 Millionen Tonnen Treibhausgaseinsparungen durch den Einsatz von Biokraftstoffen erzielt werden konnten. Österreich ist gerade im Bereich der Nachhaltigkeit der verarbeiteten Rohstoffe EU-weit tonangebend. Beispielsweise werden in der heimischen Biodieselproduktion, die schon seit vielen Jahren auf Palmöl ver-

zichtet, mehr als 68 Prozent abfallbasierte Rohstoffe wie etwa Altspeisefett oder Tierfette eingesetzt.

Nun ist es an der Zeit für die nächsten Schritte und die Erhöhung der Beimengungsquoten umzusetzen. Das Regierungsprogramm sieht hier etwa E10, also die Verdoppelung der Biokomponente im Benzinsegment, vor. Auf europäischer Ebene werden diese sogenannten „higher blends“, also auch eine Erhöhung von derzeit 7 auf 10 Prozent Biodiesel, schon länger offensiv diskutiert. Wer also die Verkehrswende ernsthaft angehen will, sollte nicht in Einzelmaßnahmen und Verboten denken, sondern vielmehr auf Erfolgsmodelle, wie die heimische Biokraftstoffproduktion, setzen.



Foto: ©adobestock.com/Corona Borealis

FASERERZEUGER

Die Faserherstellung profitierte trotz der Kostenanstiege bei Energie, Rohstoffen und Logistik von einem positiven Marktumfeld für Spezialfasern, die in Österreich überwiegend aus Holz als Ausgangsmaterial hergestellt werden. Diese haben vor allem als Vorprodukt für die Textilherstellung einen anhaltenden Preisaufschlag im Vergleich zu Baumwolle und anderen Fasern aus Kunststoff am Markt erreichen können. Der Optimismus in der Textil- und Bekleidungsindustrie wurde durch den Impffortschritt ausgelöst, der eine Erholung im Einzelhandel zur Folge hatte. Durch die stark steigende

Nachfrage konnten höhere Preise am globalen Fasermarkt erzielt werden. Aufgrund dieser Gegebenheiten wurde der Wert der abgesetzten Produktion aus Österreich um mehr als ein Drittel gesteigert.

Auch 2022 werden die dynamischen Rohstoffmärkte und die globalen Lieferkettenprobleme die Preise beeinflussen. Die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine sind derzeit kaum abschätzbar. Derzeit sind jedoch keine Zeichen für eine Abschwächung der Preisdynamik zu erkennen.

BAUKLEBSTOFFE

Die Bauklebstoffindustrie kann auf ein gutes Jahr 2021 zurückblicken. Vor allem die überdurchschnittliche Baukonjunktur war der Grund für die bis zu zweistelligen Umsatzsteigerungen. Die schon im Vorjahr erreichten Wachstumsraten konnten auch 2021 übertroffen werden. Eine gemeinsam in der D-A-CH-NL-Region durchgeführte Konjunkturumfrage ergibt auch für das 1. Halbjahr 2022 eine erfreuliche Einschätzung. Von 80 Prozent der Klebstoffunternehmen werden die Markt- und Geschäftslage als gut eingestuft. Der Rest geht von einer befriedigenden Entwicklung aus.

Der Facharbeitermangel und die Engpässe im Logistikbereich waren auch im Jahr 2021 wieder herausfordernd. Rohstoffpreise waren 2021 wieder auf hohem Niveau. Teilweise gab es Lieferausfälle und Verknappungen.

Gemeinsam mit dem federführenden IVK und dem Schweizer Bauklebstoffverband wurde auch 2021 wieder das Handbuch Klebetechnik herausgebracht. Im Bereich der europäischen Normung hat sich die gute Zusammenarbeit innerhalb der D-A-CH-NL-Region sehr bewährt.

Im Rahmen einer öffentlichen Begutachtung zur EU-Bauprodukte-Verordnung hat

sich die Berufsgruppe engagiert und die Beseitigung von Marktzugangsbeschränkungen gefordert.

Gemeinsam mit dem europäischen Verband FEICA wurde an der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsparameter PEF und EPD gearbeitet. Zur Erstellung von EPDs/PEFs bietet der europäische Verband ein neues Tool an, mit dem die geforderten Nachhaltigkeitskriterien kostengünstig ausgearbeitet werden können.

Auch der sich abzeichnende neue strategische Ansatz des Building Information Modelling (BIM) in der Bauwirtschaft war Thema der Berufsgruppenarbeit. Dieser Ansatz hat Auswirkungen auf die gesamte Wertschöpfungskette der Branche. Obwohl noch viele Fragen offen und die Wege in der praktischen Umsetzung ungeklärt sind, will sich die Berufsgruppe diesem Thema intensiv widmen und sich in die Diskussion einbringen.

Die Bauklebstoffindustrie beteiligte sich auch am Leuchtturmprojekt „Recycling von Kunststoffgebänden“ im Lack/Anstrichmittel- und Bauklebstoffbereich, mit der eine Kreislaufführung von Gebänden erreicht werden soll.

BITUMEN-EMULSIONS-INDUSTRIE

Die Entwicklung der Bitumenemulsionsindustrie war 2021 als durchaus zufriedenstellend zu bezeichnen. Die hohen Erdölpreise machten der Branche zu schaffen. Daher war die Ertragsituation bei den Unternehmen nur mäßig akzeptabel. Schwierig ist das Geschäft mit den öffentlichen Beschaffern, die in Ausschreibungsbedingungen die Branche unter Druck setzen.

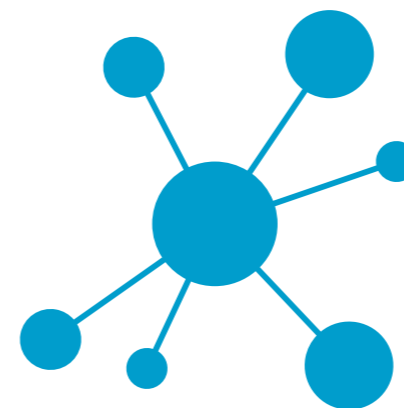
Die Technologie der Bitumenemulsionen ermöglicht eine kostengünstige Erhaltung des bestehenden Straßennetzes. Die öffentliche Hand nutzt dies verstärkt. Die Firmen konnten aufgrund der Marktsituation die Zusatzkosten aber nicht im notwendigen Ausmaß weitergeben.

In Sachen Nachhaltige Entwicklung setzte die Branche mit der Erstellung eines CO₂-Fußabdruckes von Bitumenemulsionen ein Zeichen. Die Studie, die von Joanneum Research durchgeführt wurde, stieß auf großes Interesse beim Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaft. Ziel ist es, diese CO₂-arme Bauweise im Aktionsplan „Nachhaltige Beschaffung“ zu verankern.

Auch im Jahr 2021 wurden die Produkte einer externen Qualitätsüberwachung unterzogen. Der GÖBE (Güteausschuss für österreichische Bitumenemulsionserzeuger) prüft und erteilt den Güteschutz für Bitumenemulsionen, welche von österreichischen Firmen in Österreich hergestellt werden.

ANHANG

Erfreulicherweise konnte die chemische Industrie Österreichs im Jahr 2021 das Niveau vor der Coronapandemie wieder erreichen. Doch auch wenn die Auftragslage als ausgesprochen positiv bewertet werden konnte, so trübten Lieferschwierigkeiten, Logistikprobleme und hohe Rohstoff- wie auch Energiepreise die Freude.



| | |
|--|----|
| Wirtschaftsbericht | 52 |
| Geschäftsverteilung | 56 |
| Fachverbandsausschuss der Chemischen Industrie Österreichs | 57 |
| Fach- und Berufsgruppenausschüsse | 58 |
| Kontakt | 59 |



WIRTSCHAFTSBERICHT

Die österreichische chemische Industrie konnte 2021 mit einem Wachstum von 20,3 Prozent auf ein Produktionsvolumen von 18,2 Milliarden Euro das Vorkrisenniveau bereits wieder deutlich überschreiten. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass das Wachstum aufgrund der stark gestiegenen Preise für Vorprodukte kein reines Mengenwachstum war. Das Anspringen der Nachfrage – sowohl international als auch auf den heimischen Märkten – führte dazu, dass die Rohstoffverfügbarkeit ebenso wie Engpässe im Transport eine immer größer werdende Herausforderung darstellte, die sich auch ertragsseitig bemerkbar machte. Die sich im Laufe des Jahres zunehmend verschärfenden Lieferschwierigkeiten und auch die hohen Energiekosten führten zu massiven Verteuerungen in der Produktion.

Die größten Branchen – Kunststoffwaren und pharmazeutische Erzeugnisse – schnitten sehr unterschiedlich ab: Während die pharmazeutischen Erzeugnisse (die auch im Jahr der Corona-Krise 2020 ein Wachstum verzeichnen konnten) um 2,7 Prozent leicht zurückgingen, legte die Kunststoffbranche deutlich zu: Die Kunststoffherzeugung um 41,8 Prozent – hier schlugen Preiseffekte am stärksten durch – und die Kunststoffverarbeitung um 16,3 Prozent. Die Umsätze der chemi-

schen Erzeugnisse stiegen mit 30,7 Prozent ebenfalls überdurchschnittlich, v.a. Agrochemikalien trugen in diesem Bereich mit 45,3 Prozent zum starken Wachstum bei, wobei auch hier die gestiegenen Rohstoffkosten Haupttreiber waren. Lacke, Anstrichmittel und Druckfarben schnitten mit einem Plus von 14,2 Prozent ebenfalls sehr erfolgreich ab. Die Faserherstellung konnte mit einem Zuwachs von 33,6 Prozent das Minus des Vorjahres von 26,2 Prozent deutlich wettmachen.

Die Investitionen lagen 2021 mit 930 Millionen Euro erfreulicherweise weiterhin auf einem hohen Niveau, gingen im Vergleich zum Vorjahr jedoch etwas zurück, was vor allem auf Vorzieheffekte auf Grund der 2020 beschlossenen Investitionsprämie zurückzuführen war. Erfreulich ist auch ein leichtes Plus bei den Mitarbeitern: deren Anzahl stieg um ein Prozent auf 47.700, was den höchsten Wert im langjährigen Vergleich darstellt.

Außenhandel mit Chemiewaren

Im Jahr 2021 konnte der österreichische Außenhandel mit Chemiewaren ein Wachstum von 13,2 Prozent verzeichnen. Exporte nach Deutschland, dem wichtigsten Handelspartner, stiegen um 25,9 Prozent (wobei auch hier die o.a. Preiseffekte durchschlugen), jene nach Italien, dem nächstgrößten EU-Handelspartner, ver-

zeichneten ein Plus von 21,5 Prozent. Eine gegenteilige Entwicklung gab es bei den Ausfuhren nach Frankreich, die um 31,4 Prozent zurückgingen. Insgesamt entwickelten sich die EU-Exporte mit einem Zuwachs von 14,3 Prozent etwas besser als die Gesamtexporte.

Dort wirkte sich vor allem die um 20,6 Prozent gestiegene Nachfrage aus Asien positiv aus, Richtung EFTA-Staaten kam es zu niedrigeren Zuwächsen in der Höhe von 3,8 Prozent. Die Exporte nach Amerika konnten mit 12 Prozent ebenfalls zweistellig gesteigert werden.

Die Chemie-Handelsbilanz 2021 verzeichnet damit ein leichtes Defizit: 29,2 Milliarden Euro Exporten stehen 30,3 Milliarden Euro Importe gegenüber.

Status quo und Ausblick

Derzeit ist die chemische Industrie auf Grund des Ukraine-Krieges mit in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesenen Unsicherheiten konfrontiert. Die Frage der ausreichenden Verfügbarkeit von Gas sowie die stark gestiegenen Energiepreise einerseits und zunehmende Schwierigkeiten bei der Verfügbarkeit von Rohstoffen andererseits bringen enorme Unabwägbarkeiten bei gleichzeitig (noch) stabilen Auftragseingängen.

Offen und dabei entscheidend für die künftige wirtschaftliche Entwicklung sind nicht zuletzt die Fragen, ob die Energie- und Rohstoffversorgung in den nächsten Monaten ausreichend gewährleistet werden kann und wie sich die gestiegenen Preise auf Wettbewerbsfähigkeit und Nachfrage auswirken. Gleichzeitig ist die Herausforderung zu bewältigen, wie angesichts der neuerlichen Krisensituation die notwendigen Investitionen Richtung Zukunftstrends, insbesondere sämtliche Green Deal-Anwendungen, finanziert werden können. Klar ist, die Weichenstellungen dafür müssen jetzt erfolgen, damit die chemische Industrie ihre Innovationskraft und Problemlösungskompetenz einbringen kann. Die Politik ist mehr denn je gefordert, die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

ANTEILE DER BRANCHEN 2021

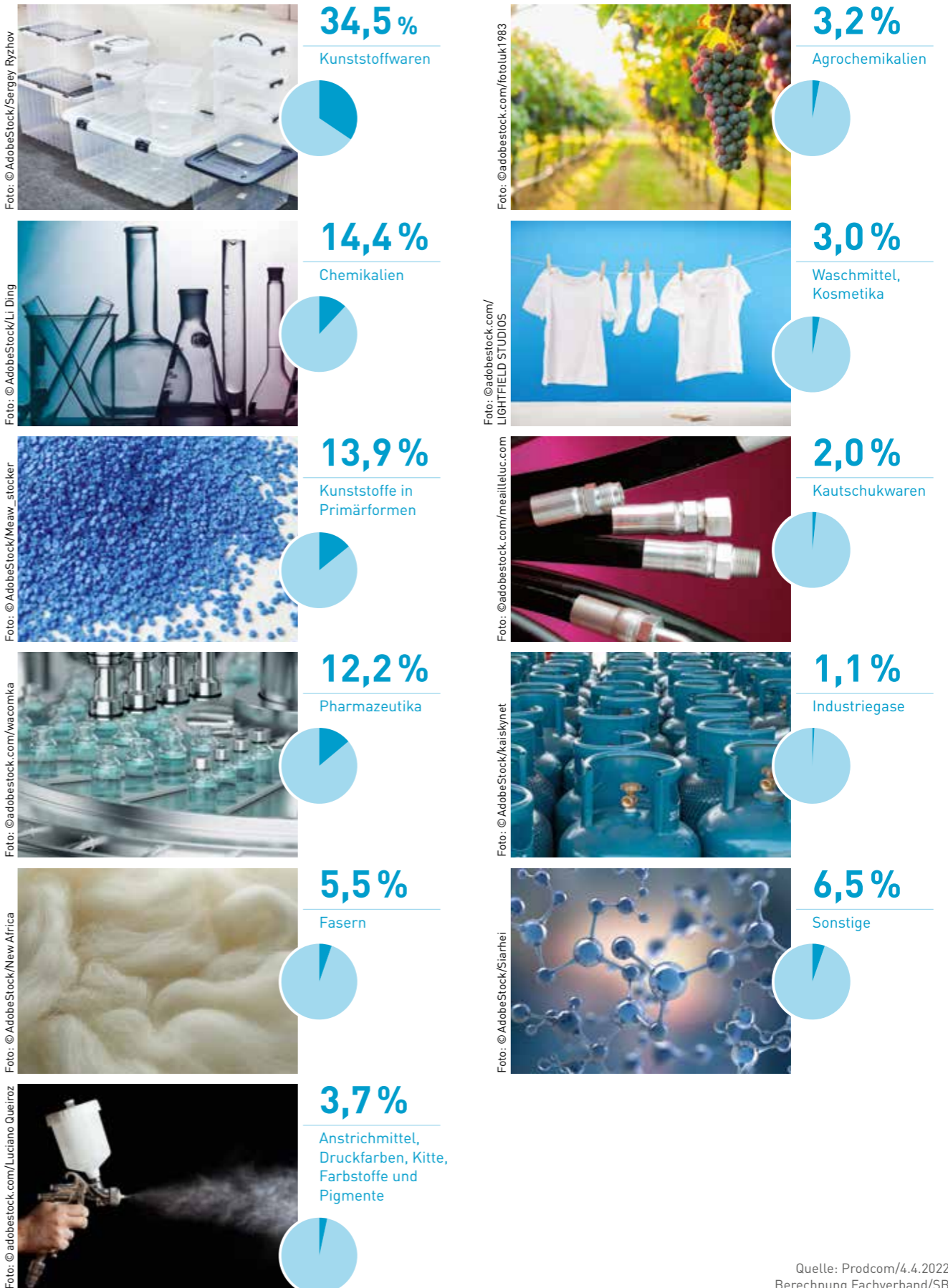
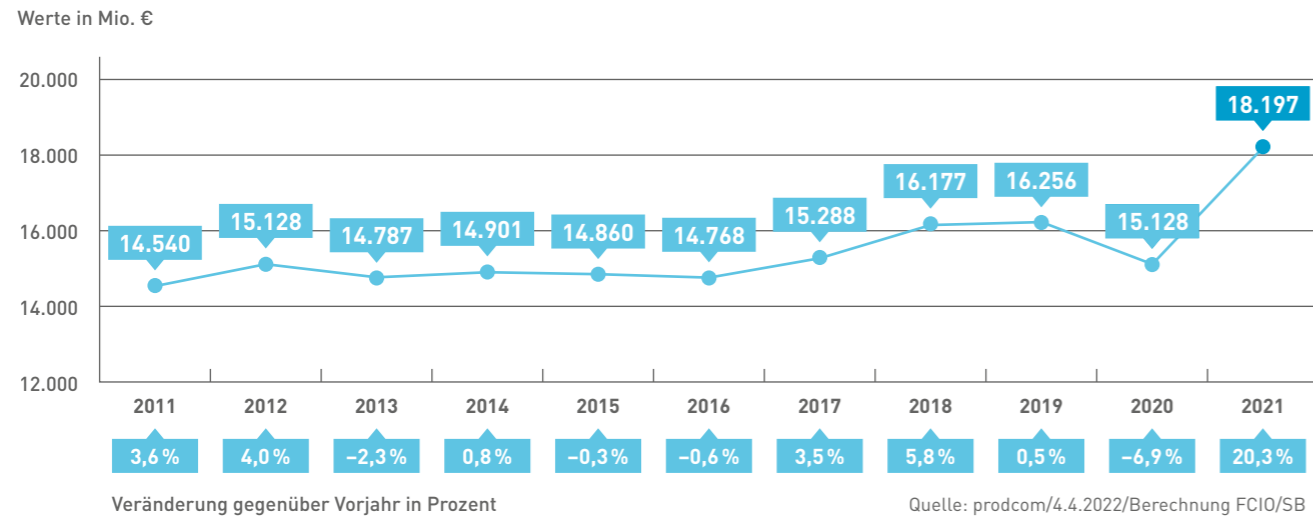


Foto: © AdobeStock/imageteam

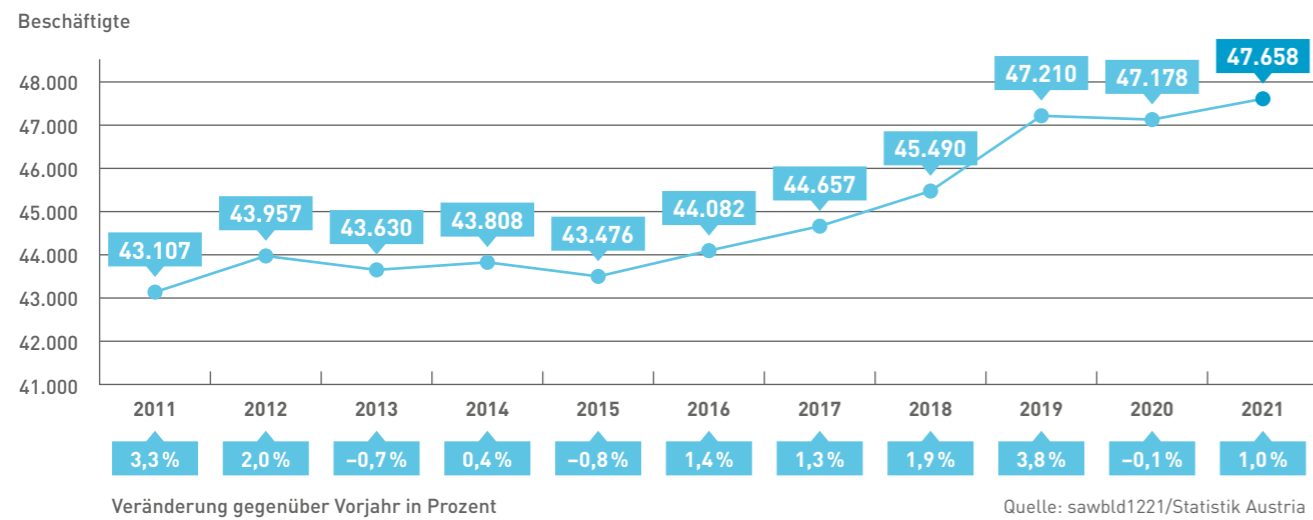


Quelle: Prodcom/4.4.2022
Berechnung Fachverband/SB

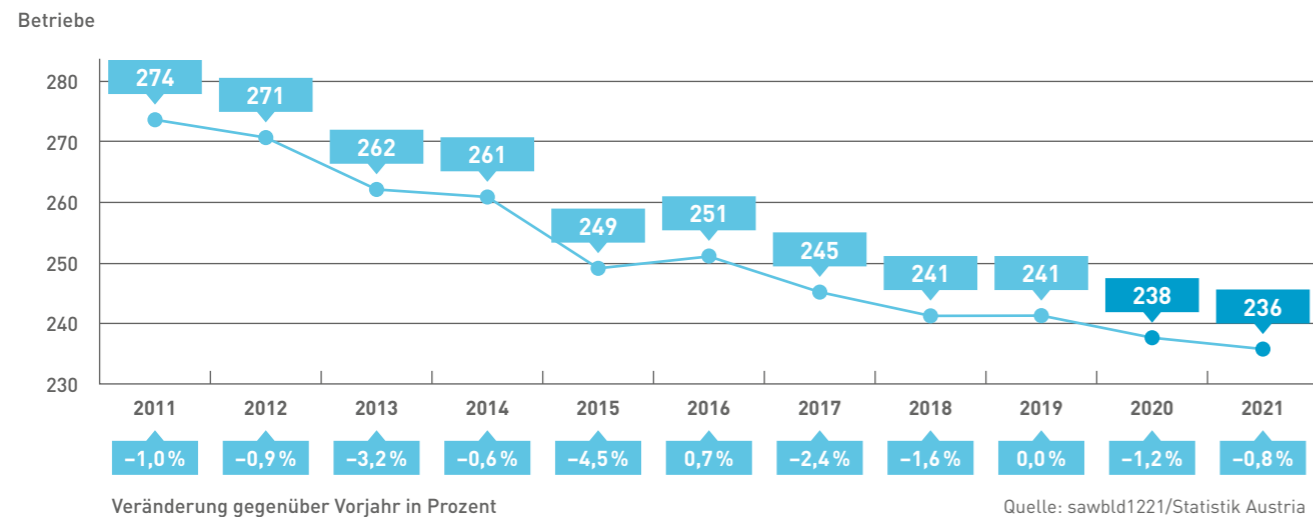
ABGESETZTE PRODUKTION DER CHEMISCHEN INDUSTRIE 2011–2021



BESCHÄFTIGTE DER CHEMISCHEN INDUSTRIE 2011–2021



BETRIEBE DER CHEMISCHEN INDUSTRIE 2011–2021



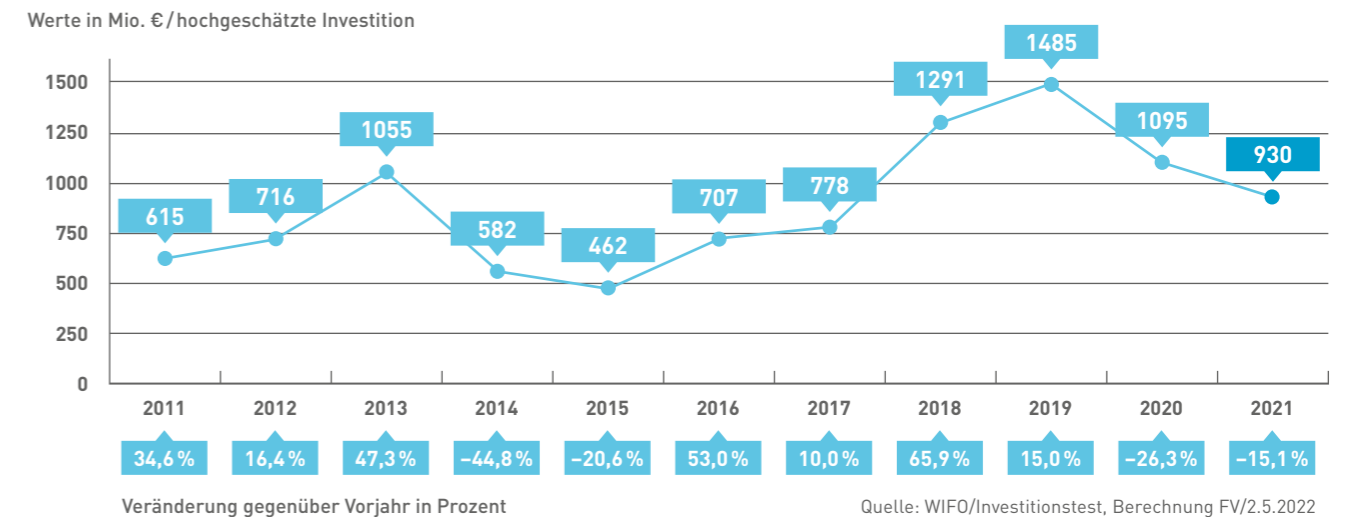
HANDEL MIT CHEMIEWAREN 2021

Werte in Mio. €

| | Gesamt | Intra-EU (26) | EFTA | Übrige Länder Europas | Amerika | Afrika | Asien | Australien-Ozeanien |
|-------------------------------|--------|---------------|-------|-----------------------|---------|--------|-------|---------------------|
| Einfuhr 2021 | 30.263 | 19.375 | 3.616 | 945 | 2.661 | 24 | 3.634 | 9 |
| Veränderung gegenüber Vorjahr | 21,6% | 16,7% | 2,7% | 13,5% | 32,2% | 45,6% | 92,2% | -36,0% |
| Ausfuhr 2021t | 29.155 | 19.148 | 2.757 | 2.083 | 2.324 | 232 | 2.481 | 130 |
| Veränderung gegenüber Vorjahr | 13,2% | 14,3% | 3,8% | 11,4% | 12,0% | -0,7% | 20,6% | 24,0% |

Quelle: AH-Datenbank WKÖ/Statistik Austria SB/11.4.2022

INVESTITIONEN IN DER CHEMISCHEN INDUSTRIE 2011–2021



GESCHÄFTSVERTEILUNG

| | |
|--|--|
| GESCHÄFTSFÜHRERIN GESCHÄFTSFÜHRER-STV | Mag. Sylvia Hofinger Dr. Christian Gründling |
| KOLLEKTIVVERTRAG ARBEITSRECHT | Mag. Kathrin Desch |
| KOMMUNIKATION | Mag. Dorothea Pritz, Mag. Andreas Besenböck |
| CHEMIKALIENMANAGEMENT | Chemikalienpolitik: Dr. Christian Gründling |
| | Chemikalienrecht: Dr. Christian Gründling, Marcello Entner, BSc, Dr. Klaus Schaubmayr |
| | Biozidrecht: Dr. Dominique Schröder |
| | Verbote, Beschränkungen, wissenschaftliche Bewertung: Dr. Franz Latzko, Marcello Entner, BSc |
| | Biotechnologie/Gentechnik: Dr. Franz Latzko |
| | Lebensmittelrecht: Dr. Franz Latzko |
| GESUNDHEIT, SICHERHEIT, UMWELTSCHUTZ, ENERGIE | Luft: Dr. Reinhard Thayer |
| | Wasser: Dr. Reinhard Thayer |
| | Abfall: Mag. Dominik Stern |
| | Energie/Klimaschutz: Dr. Reinhard Thayer |
| | Betriebsanlagenrecht: Dr. Reinhard Thayer |
| | Sicherheit am Arbeitsplatz: Dr. Christian Gründling |
| | Responsible Care: Dr. Dominique Schröder |
| GEFAHRGUTTRANSPORT | Gefahrgutrecht: Dr. Christian Gründling |
| | Verwaltungsstrafverfahren: Dr. Klaus Schaubmayr |
| | TUIS: Dr. Christian Gründling |
| FORSCHUNG, INNOVATION | Dr. Franz Latzko |
| BILDUNGSFÖRDERUNG | Mag. Dorothea Pritz |

BRANCHENBETREUUNG

| | |
|---|--|
| Aerosole: Dr. Christian Gründling | Kosmetik: Dr. Christian Gründling |
| Austrian Biotech Industry: Dr. Franz Latzko | Kunststoffherzeugung: Mag. Dominik Stern |
| Bauklebstoffe: Dr. Klaus Schaubmayr | Kunststoffverarbeitung: Mag. Dominik Stern |
| Betonzusatzmittel: Dr. Klaus Schaubmayr | Lacke – Farben: Dr. Klaus Schaubmayr |
| Biokraftstoffe: Dr. Reinhard Thayer | Lebens- und Futtermittelzusatzstoffe: Marcello Entner, BSc, Dr. Franz Latzko |
| Bitumenemulsionen: Dr. Klaus Schaubmayr | Pflanzenschutz: Dr. Dominique Schröder |
| Dach-, Abdichtungsbahnen: Dr. Klaus Schaubmayr | Pharmazeutika: Dr. Franz Latzko |
| Düngemittel: Dr. Dominique Schröder | Technische Gase: Dr. Dominique Schröder |
| Fasern: Dr. Franz Latzko | Textil-, Leder-, Papierhilfsmittel: Dr. Christian Gründling |
| Holzschutz: Dr. Klaus Schaubmayr | Wasch-/Reinigungsmittel: Dr. Christian Gründling |
| Kautschukwaren: Dr. Franz Latzko | |

FACHVERBANDSAUSSCHUSS DER CHEMISCHEN INDUSTRIE ÖSTERREICHS

| | |
|---|--|
| PRÄSIDIUM |  Prof. KommR Ing. Hubert Culik, MAS Rembrandtin Coatings GmbH / Fachverbandsobmann |
| |  Dipl. Ing. Helmut Schwarzl Geberit Produktions GmbH & Co KG / Fachverbandsobmann-Stellvertreter |
| |  Dipl. Ing. Dr. Ulrich Wieltsch, MBA Patheon Austria GmbH & CoKG / Fachverbandsobmann-Stellvertreter |
| FACHVERBANDSAUSSCHUSS | Harald Angerer, MBA, Imerys Villach GmbH |
| | MMag. Dr. Ilse Bartenstein, MA, G.L. Pharma GmbH |
| | Dipl. Ing. Dr. Martin Bergmann, Hueck Folien Gesellschaft m.b.H. |
| | Kristian Brok, MSc, Semperit AG Holding |
| | Dipl. Ing. Roman Eberstaller, SUNPOR Kunststoff GmbH |
| | Dipl. Ing. Alice Godderidge, Poloplast GmbH & Co KG |
| | Dr. Ernst Gruber, Axalta Coating Systems Austria GmbH |
| | KommR Ing. Wolfgang Haider, Borealis Polyolefine GmbH |
| | Dipl. Ing. Karl-Heinz Hofbauer, Takeda Manufacturing Austria AG |
| | Mag. Günter Alexander Klepsch, Senoplast Klepsch & Co. GmbH |
| | Dipl.-Chem. Michael Kocher, Sandoz GmbH |
| | Dr. Richard Anton Kwizda, Kwizda Pharma GmbH |
| | Philipp von Lattorff, Boehringer Ingelheim RCV GmbH & Co KG |
| | Ing. Jürgen Rainalter, Getzner Werkstoffe GmbH |
| | Mag. Birgit Rechberger-Krammer, Henkel Central Eastern Europe GmbH |
| | Dipl. Ing. Marco Horst Schlimpert, Lenzing Aktiengesellschaft |
| | Mag. Rainer Schmidtmayer, Treibacher Industrie AG |
| | Dipl. Ing. James Schober, Donau Chemie AG |
| Dipl. Ing. Martin Thaler, Isovolt AG | |
| KommR Mag. Dr. Peter Unterkofler, Jacoby GM Pharma GmbH | |
| Dipl. Ing. (FH) Harald Wallner, MBA, Neveon Austria GmbH | |
| Dipl. Ing. Dr. Bernd Andreas Zauner, Lenzing Fibers GmbH | |

Stand März 2022

FACH- UND BERUFSGRUPPENAUSSCHÜSSE

| AUSSCHUSS | VORSITZ | ARBEITSGRUPPE |
|--|---|----------------------------|
| ARBEITGEBERAUSSCHUSS | Mag. Rainer Schmidtmayer | |
| AUSSCHUSS FÜR GESUNDHEIT, SICHERHEIT UND UMWELTSCHUTZ – RESPONSIBLE CARE | Dr. Christopher Zachhuber | |
| | Dr. Johannes Stockinger | Chemikalienpolitik |
| | Ing. Andreas Griebel | Abfallbeauftragte (ruhend) |
| | Ing. Karl Hofbauer | TUIS |
| | Ing. Angelika Frauenberger | Transport |
| | Martin Gram | Arbeitsschutz |
| ARBEITSKREIS KUNSTSTOFFWIRTSCHAFT | Dipl.Ing. Helmut Schwarzl* | |
| ARGE PHARMA | Dr. Ilse Bartenstein* | |
| ARGE HOLZSCHUTZMITTEL | Erwin Schön | |
| BIODIESEL | Ewald-Marco Münzer, B.A. | |
| BERUFSGRUPPENAUSSCHUSS KUNSTSTOFFVERARBEITENDE INDUSTRIE | Dipl.Ing. Helmut Schwarzl | |
| BERUFSGRUPPENAUSSCHUSS PHARMAINDUSTRIE | Dr. Ilse Bartenstein | |
| BERUFSGRUPPE WASCHMITTEL – KOSMETIK | Mag. Birgit Rechberger-Krammer Mag. Birgit Fritz | |
| | Heinz Roscher | Arbeitsgruppe I & I |
| | Mag. Marlene Hölsken | Waschmittel |
| | Dr. Alfred Markowetz | Kosmetik |
| | Dr. Alfred Markowetz | Aerosole |
| BERUFSGRUPPE LACKINDUSTRIE | Prof. KommR Ing. Hubert Culik, MAS Christian Breitwieser | Technische Arbeitsgruppe |
| INDUSTRIEGRUPPE PFLANZENSCHUTZ | Dr. Christian Stockmar | |
| BERUFSGRUPPE BITUMENEMULSIONSINDUSTRIE** BERUFSGRUPPE DACH- UND ABDICHTUNGSBAHNEN | Dipl.Ing. Wolfgang Eybl | |
| BERUFSGRUPPE BAUKLEBSTOFFE | Mag. Bernhard Mucherl | |
| ARBEITSGRUPPE FORSCHUNGS-, INNOVATIONS- UND INVESTITIONSFÖRDERUNG | Prof. KommR Ing. Hubert Culik, MAS | |
| ÖSTERREICHISCHER ARBEITSKREIS KUNSTSTOFFFENSTER | | |

* Vorsitz (alternierend; vom Fachverband)

** Güteschutzausschuss der österreichischen Bitumenemulsionserzeuger

Stand April 2022

KONTAKT



Mag. Sylvia Hofinger

Geschäftsführerin
Telefon: +43 (0)5 90 900-3371
hofinger@fcio.at



Dr. Christian Gründling

stv. Geschäftsführer
Telefon: +43 (0)5 90 900-3348
gruending@fcio.at



Mag. Andreas Besenböck

Telefon: +43 (0)5 90 900-3372
besenboeck@fcio.at



Dr. Klaus Schaubmayr

Telefon: +43 (0)5 90 900-3749
schaubmayr@fcio.at



Mag. Kathrin Desch

Telefon: +43 (0)5 90 900-3356
desch@fcio.at



Dr. Dominique Schröder

Telefon: +43 (0)5 90 900-3373
schroeder@fcio.at



Marcello Entner, BSc

Telefon: +43 (0)5 90 900-3382
entner@fcio.at



Mag. Dominik Stern

Telefon: +43 (0)5 90 900-3369
stern@fcio.at



Dr. Franz Latzko

Telefon: +43 (0)5 90 900-3367
latzko@fcio.at



Dr. Reinhard Thayer

Telefon: +43 (0)5 90 900-3365
thayer@fcio.at



Mag. Dorothea Pritz

Telefon: +43 (0)5 90 900-3364
pritz@fcio.at

Fotos: © marko's photography



**Fachverband der
Chemischen Industrie Österreichs
FCIO**

Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien, Austria

Telefon: +43 (0) 590 900-3340
Mail: office@fcio.at
www.fcio.at